BO

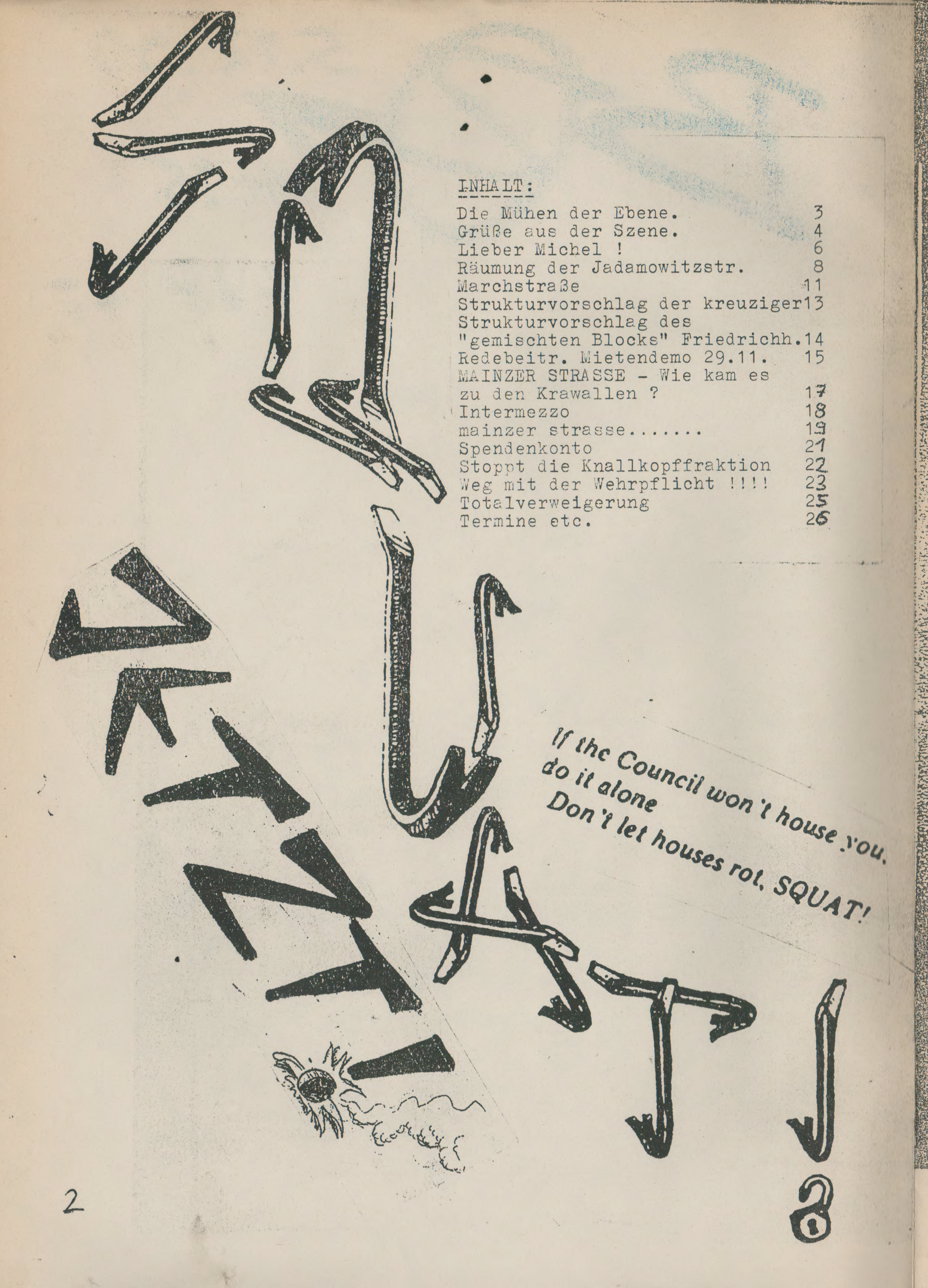
5.12.90

Nr. 15

EVP 2,-

Keine Karten.





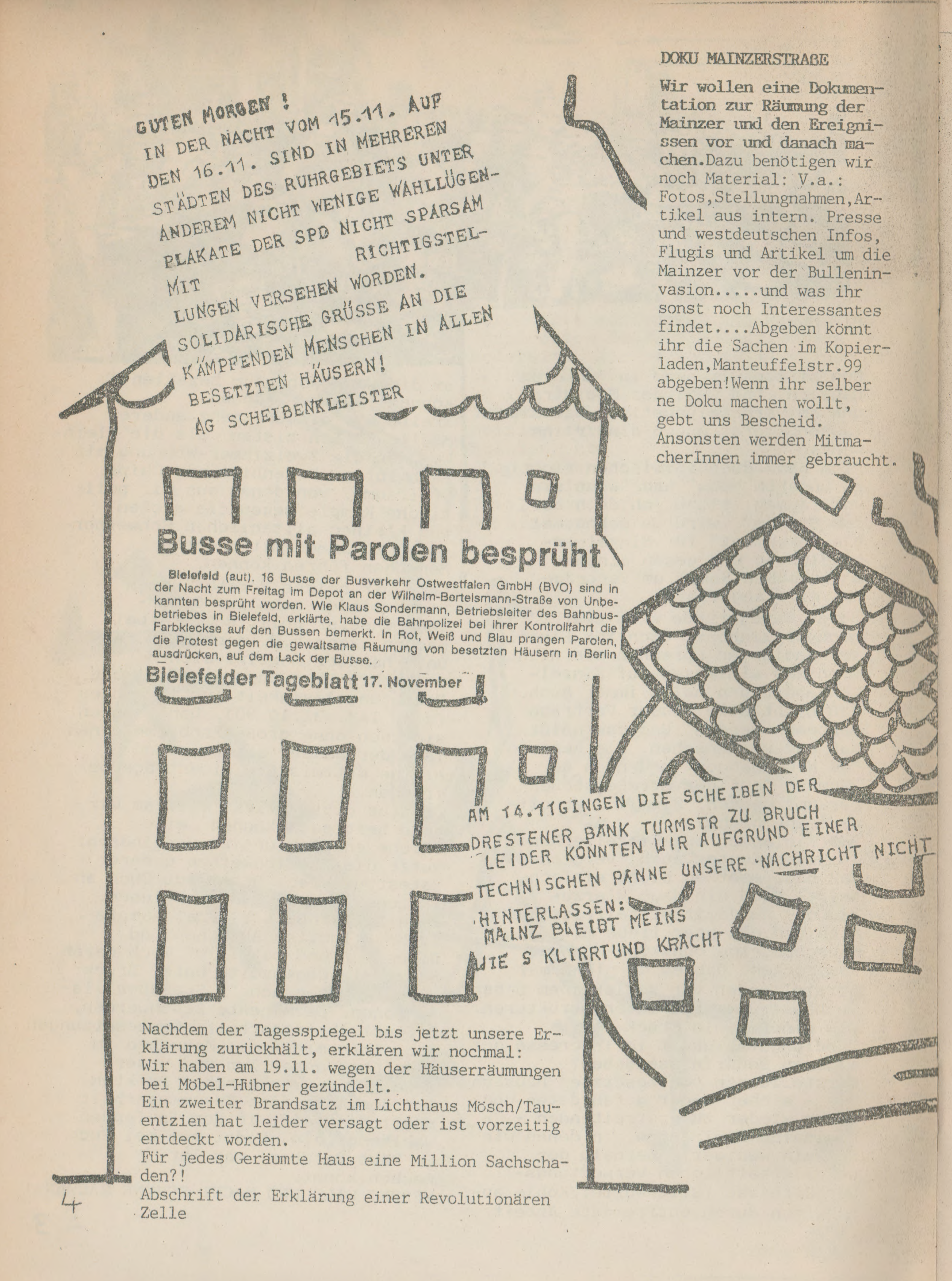
INHALT:

If the Council won't house you.
do it alone
Don't let houses rot. SQUAT!



DIE MÜHEN DER EBENE.

Nun sitzen wir also in "unseren" Häusern. Und weil der Magistrat uns am Verhandlungstisch hat sitzen lassen, gerät manch eine/r ins Wanken.
"Ich häng doch inzwischen richtig an unserem Haus" und "wenn sie uns räumen, sitze ich doch auf der Straße", wird da schon mal als "Argument" für Einzelverhandlungen und gegen einen politischen Kampf um Verträge für alle angeführt.
Beide Beweggründe sind zwar nachvollziehbar, doch für Einzelverhandlungen sprechen sie nicht. Denn das Einlassen auf Einzelverhandlungen heißt immer auch, daß nicht alle Häuser Verträge bekommen werden. Und das heißt, daß andere Menschen, die genauso "am Haus hängen" und nach der Räumung "auf der Straße stehen", geräumt werden. Ziemlich unsolidarisch, nicht?!
Das Einlassen auf Einzelverhandlungen bedeutet auch: vergessen, daß Hausbesetzen nicht einfach heißt, sich ein Haus klarzumachen, um damit mittelfristig für sich und ein paar liebe Mitmenschen eine günstige Wohnung abzuzocken. Gab es da nicht mal Vorstellungen von kollektivem Leben in häuserübergreifenden Strukturen, die einer/m ein Stück Handlungsfähigkeit im Interesse der eigenen Bedürfnisse geben? Vorstellungen von besetzten Häusern als - sicher immer gefährdeten und immer wieder zu erstreitenden - minimalen Freiräumen, in denen wir uns ein weniger außerhalb der gesellschaftlichen Verwertungsverhältnisse (Stichworte: Kohle anschaffen durch entfremdete Arbeit, um die Ware Wohnraum bezahlen zu können) bewegen können.
Freiräume, die uns ganz andere Möglichkeiten bieten, als die Klein-WG oder die Zweizimmer-Wohnung mit Farbglotze, Dosenbier und Chips. Freiräume, von denen aus wir politische Kämpfe gegen die großen und kleinen alltäglichen Schweinereinen zusammen mit anderen Menschen führen können.
Wenn wir solche Vorstellungen nicht wieder mehr zur Grundlage unserer politischen Arbeit machen, kann z.B. der Magistratsunterhändler Martini sich weiterhin über unsere politische Bedeutungslosigkeit lustig machen (z.B. TAZ, 31.10.90). Dann können sie auch ohne große Probleme einen Teil der Häuser abräumen und einige mittels Einzelverträge befrieden.
Doch es gibt vieles, mit dem wir dazu beitragen können, eine solche entwicklung zu verhindern: Nutzt die Möglichkeiten unserer Rätestrukturen. Beteiligt Euch an Aktions- und Diskussionsplenen. Bereitet große & kleine, kämpferische & lustige Aktionen und Demos vor und beteiligt Euch daran. Setzt die Gegenseite unter Druck; durch "Amtsbesuche", Spaßguerilla-Aktionen, permanente Beschwerden, Öffentlichkeitsarbeit, Neubesetzungen etc. Informiert die Menschen im Kiez über unser Tun und unsere Beweggründe; an manchen Punkten ist durchaus eine Zusammenarbeit möglich. Greift in den laufenden Wahlkampf ein. Redet mal bei Euch im Haus darüber, was Ihr machen könnt.
WERDET WILD UND MACHT SCHÖNE SACHEN!!



GUTEN MORGEN !
IN DER NACHT VOM 15.11. AUF
DEN 16.11. SIND IN MEHREREN
STÄDTEN DES RUHRGEBIETS UNTER
ANDEREM NICHT WENIGE WAHLLÜGEN-
PLAKATE DER SPD NICHT SPARSAM
MIT RICHTIGSTEL-
LUNGEN VERSEHEN WORDEN.
SOLIDARISCHE GRÜSSE AN DIE
KÄMPFENDEN MENSCHEN IN ALLEN
BESETZTEN HÄUSERN!
AG SCHEIBENKLEISTER

DOKU MAINZERSTRAßE

Wir wollen eine Dokumentation zur Räumung der Mainzer und den Ereignissen vor und danach machen. Dazu benötigen wir noch Material: V.a.: Fotos, Stellungnahmen, Artikel aus intern. Presse und westdeutschen Infos, Flugis und Artikel um die Mainzer vor der Bulleninvasion.....und was ihr sonst noch Interessantes findet....Abgeben könnt ihr die Sachen im Kopierladen, Manteuffelstr.99 abgeben! Wenn ihr selber ne Doku machen wollt, gebt uns Bescheid. Ansonsten werden MitmacherInnen immer gebraucht.

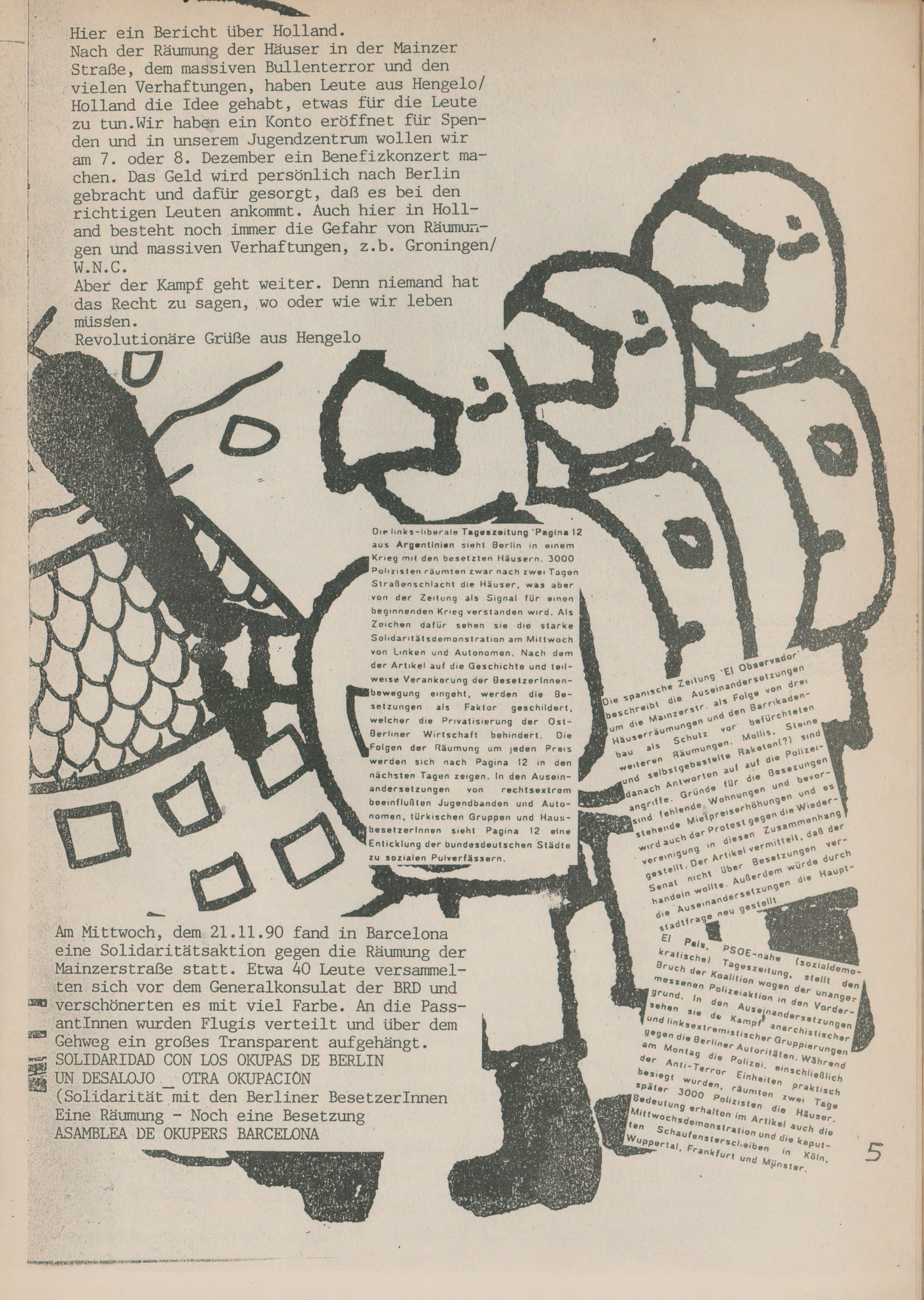
Busse mit Parolen besprüht

Bielefeld (aut). 16 Busse der Busverkehr Ostwestfalen GmbH (BVO) sind in der Nacht zum Freitag im Depot an der Wilhelm-Bertelsmann-Straße von Unbekannten besprüht worden. Wie Klaus Sondermann, Betriebsleiter des Bahnbusbetriebes in Bielefeld, erklärte, habe die Bahnpolizei bei ihrer Kontrollfahrt die Farbkleckse auf den Bussen bemerkt. In Rot, Weiß und Blau prangen Parolen, die Protest gegen die gewaltsame Räumung von besetzten Häusern in Berlin ausdrücken, auf dem Lack der Busse.

Bielefelder Tageblatt 17. November

AM 14.11GINGEN DIE SCHEIBEN DER
DRESTENER BANK TURMSTR ZU BRUCH
LEIDER KONNTEN WIR AUFGRUND EINER
TECHNISCHEN PANNE UNSERE NACHRICHT NICHT
HINTERLASSEN:
MAINZ BLEIBT MEINS
WIE S KLIRRTUND KRACHT

Nachdem der Tagesspiegel bis jetzt unsere Erklärung zurückhält, erklären wir nochmal:
Wir haben am 19.11. wegen der Häuserräumungen bei Möbel-Hübner gezündelt.
Ein zweiter Brandsatz im Lichthaus Mösch/Tauentzien hat leider versagt oder ist vorzeitig entdeckt worden.
Für jedes Geräumte Haus eine Million Sachschaden?!
Abschrift der Erklärung einer Revolutionären Zelle



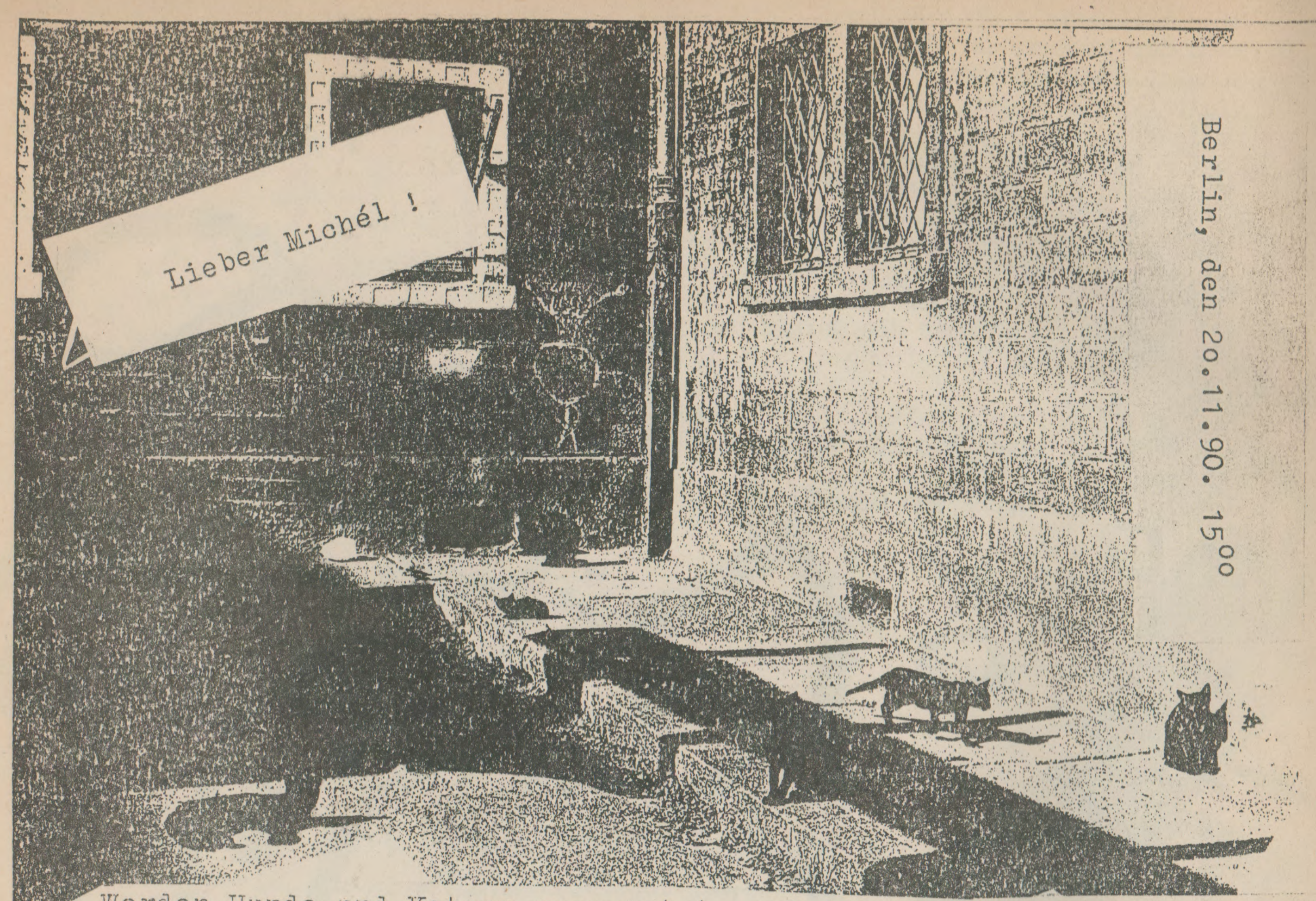
Hier ein Bericht über Holland.
Nach der Räumung der Häuser in der Mainzer Straße, dem massiven Bullenterror und den vielen Verhaftungen, haben Leute aus Hengelo/Holland die Idee gehabt, etwas für die Leute zu tun. Wir haben ein Konto eröffnet für Spenden und in unserem Jugendzentrum wollen wir am 7. oder 8. Dezember ein Benefizkonzert machen. Das Geld wird persönlich nach Berlin gebracht und dafür gesorgt, daß es bei den richtigen Leuten ankommt. Auch hier in Holland besteht noch immer die Gefahr von Räumungen und massiven Verhaftungen, z.b. Groningen/W.N.C.
Aber der Kampf geht weiter. Denn niemand hat das Recht zu sagen, wo oder wie wir leben müssen.
Revolutionäre Grüße aus Hengelo

Die links-liberale **Tageszeitung** 'Pagina 12 aus Argentinien sieht Berlin in einem Krieg mit den besetzten Häusern. 3000 Polizisten räumten zwar nach zwei Tagen Straßenschlacht die Häuser, was aber von der Zeitung als Signal für einen beginnenden Krieg verstanden wird. Als Zeichen dafür sehen sie die starke Solidaritätsdemonstration am Mittwoch von Linken und Autonomen. Nach dem der Artikel auf die Geschichte und teilweise Verankerung der BesetzerInnenbewegung eingeht, werden die Besetzungen als Faktor geschildert, welcher die Privatisierung der Ost-Berliner Wirtschaft behindert. Die Folgen der Räumung um jeden Preis werden sich nach Pagina 12 in den nächsten Tagen zeigen. In den Auseinandersetzungen von rechtsextrem beeinflußten Jugendbanden und Autonomen, türkischen Gruppen und HausbesetzerInnen sieht Pagina 12 eine Enticklung der bundesdeutschen Städte zu sozialen Pulverfässern.

Die spanische Zeitung 'El Observador' beschreibt die Auseinandersetzungen um die Mainzerstr. als Folge von drei Häuserräumungen und den Barrikadenbau als Schutz vor befürchteten weiteren Räumungen. Mollis. Steine und selbstgebastelte Raketen(?) sind danach Antworten auf auf die Polizeiangriffe. Gründe für die Besezungen sind fehlende Wohnungen und bevorstehende Mietpreiserhöhungen und es wird auch der Protest gegen die Wiedervereinigung in diesen Zusammenhang gestellt. Der Artikel vermittelt, daß der Senat nicht über Besetzungen verhandeln wollte. Außerdem würde durch die Auseinandersetzungen die Hauptstadtfrage neu gestellt.

El **Pais**, PSOE-nahe (sozialdemokratische) Tageszeitung, stellt den Bruch der Koalition wegen der unangemessenen Polizeiaktion in den Vordergrund. In den Auseinandersetzungen sehen sie de Kampf anarchistischer und linksextremistischer Gruppierungen gegen die Berliner Autoritäten. Während am Montag die Polizei, einschließlich der Anti-Terror Einheiten praktisch besiegt wurden, räumten zwei Tage später 3000 Polizisten die Häuser. Bedeutung erhalten im Artikel auch die Mittwochsdemonstration und die kaputten Schaufensterscheiben in Köln, Wuppertal, Frankfurt und Münster.

Am Mittwoch, dem 21.11.90 fand in Barcelona eine Solidaritätsaktion gegen die Räumung der Mainzerstraße statt. Etwa 40 Leute versammelten sich vor dem Generalkonsulat der BRD und verschönerten es mit viel Farbe. An die PassantInnen wurden Flugis verteilt und über dem Gehweg ein großes Transparent aufgehängt.
SOLIDARIDAD CON LOS OKUPAS DE BERLIN
UN DESALOJO _ OTRA OKUPACION
(Solidarität mit den Berliner BesetzerInnen
Eine Räumung - Noch eine Besetzung
ASAMBLEA DE OKUPERS BARCELONA



Werden Hunde und Katzen ausgesetzt, auf die Straße gejagt,-
dann finden sich viele "tierliebe" Menschen die lauthals dagegen Protestieren, und darüber hinaus auch Geld dafür ausgeben, daß diese Tiere in Heime oder andere Pflegestellen kommen.
Aber so weit ich weiß, gibt es bei Menschen in ähnlicher Lage kein Hausvertriebenen Schutzverein.
Ergo ! Tiere schützt man bereitwilliger als Menschen. !
25ooo leerstehende " Wohnungen ? " allein in Berlin (Ost)
ohne klar definierbare Hausbesitzer,- denn die jetzigen komm. Verwaltungen maßen sich einerseits Besitzer-Rechte an "Volkseigentum" an , daß offiziell nicht mehr unter der alten Partei oder ihres Staates steht,-Volkskammerbeschluß-
oder glaubt Rechte von Außenstehenden dritten(ehemaligen Besitzern) deren Besitzrechte auch noch nicht rechtsgültig eindeutig durch Gerichtsbeschluß entschieden wurde.
Weit und breit kein eindeutiger Hausbesitzer, aber ein angeblich rechtsgültiges Ersuchen zur Hausräumung. ????!!!!!!
Es wird Jahre dauern bis die Hausbesitzer-Rechtlage eindeutig geklärt ist. In diesem Zeitraum verfällt möglicherweise Nutz- und Renovierbarer Wohnraum immer mehr. Der Wert der Häuser sinkt rapide Ratten und Mäuse sowie herrenlose Hünde und Katzen finden darin Unterkunft, durch Näße durch undichte Dächer zieht der Schwamm ins Gebälk und vernichtet die Grundsubstanz.
So nüchtern gesehen sind uns Menschen als Hausbesetzer wesentlich

lieber, auch wenn Sie unter Umständen andere Lebensanschauungen haben und in der Praxis nicht "bürgerlich " leben wollen.
Große menschliche Toleranz im Umgang mit Mitmenschen ist notwendig und wünschenswert.
Ich ! und ich bin mir sicher im weitesten Maße im Sinne meiner "Alten-Generation" zu sprechen deshalb auch weiter mit wir:
Wir hier in unserem Kietz wollen in Ruhe und Frieden unseren Lebensabend verbringen und nicht zum "Kriegsschauplatz"dubioser Interessen-Vertretungen werden.
Deshalb war es von mir eine falsche Skepsis und Voreingenommenheit gegen Hausbesetzer aus anderen Landesteilen.
Auch das sind Menschen wie Du und ich
Damit es nicht wieder zu solchen Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, wie am Montag und Mittwoch haben wir Kietzbewohner und Ihr als Hausbesetzer fundamentale gemeinsame Interessen. Zum Durchsetzen dieser gemeinsamen friedlichen Interessen sollten wir einen gemeinsamen Weg finden.
Dazu sind nach meiner Überzeugung umfassende gemeinsame Gespräche notwendig. - Meinen oder unseren Standpunkt und unsere Einstellung kenne ich in den Grundzügen aber für einen Konsenz muß auch der andere Standpunkt bekannt und berücksichtigt werden.
--- Und da klafft ein Loch der Verständigung.''''''-------
Im Fernsehen der junge Mann in der "talk-Schau" von SATI am späten Abend, der nur seine schriftliche Resolution vorlesen wollte, und offensichtlich auch nichts anderes konnte, weil er sich sicherlich kaum auf solch eine Fernsehdiskusssion eingestellt haben konnte, als die sprechgewandten Politiker der Gesprächsrunde, hat wenig für Eure popularisierung tun können.
Verständlich, denn er als junger Mensch mußte mit seiner persönlichen Angst vor einem falschen Wort und deren Zukunftsfolgen fertig werden. Ich in meinem Alter weiß: Angst -injeder Form- ist ein schlechter Ratgeber- Mein lebensmaxim lautet: "Springe über die Angst, damit Du lebst" Damit bin ich trotz Krieg und Nachkrieg fast 71 Jahre alt geworden.
Ich kenne auch keine Zukunftsängste mehr im Sinne einer landesüblichen Benachteiligung. Einer Aufforderung die.Kietzinteressen besonders älterer Mitbürger in diesem Kietz zu vertreten würde ich in der Presse wie auch immer im Fernsehen sicherlich vertreten können.
Aber auch Eure Interessen, soweit sie gemeinsame sind kann ich dabei mitvertreten,----- wenn ich sie kenne und dazu authorisiert werde.--
Das brauchen keine Massen zu sein. Ein kleiner Kreis wirklicher Hausbesetzer würde mir dazu reichen.
Darüber wollte ich mit Dir sprechen. Mit freundlichem Gruß Heinz Kleist

7

Bericht über die Besetzung und Räumung der Jadamowitzstraße 23.

Am Samstag, den 1.Dezember wurde in Jadamowitzstraße 23 ein Seitenflügel besetzt.Wir starteten die Aktion um 15.3o h .Nach ca.25 Minuten hatten wir zwei Türen imErdgeschoß, die Fenster im Erdgeschoß und im ersten Stock sowie den Zugang zum Dachboden dichtgemacht.Die Treppenbarrikade sollte erst zugemacht werden, nachdem die Unterstützer aus dem ersten Stock abgeseilt waren.Zu diesem Zeitpunkt,gegen 16.ooh,erfuhren wir von einem Anwohner, daß drei Bullenwagen vor der Tür aufgetaucht wären.Wir machten die Treppenbarrikade erst einmal dicht und ließen die Unterstützer über den Dachboden zum Hinterhaus heraus.Die Sicherung dieser Tür war einfach zu entfernen und wieder zu installieren.

Ein paar Minuten später hämmerten einige Unterstützer von außen an die Dachbodentür.Wir ließen sie wieder herein.Die Bullen waren bereits auf den Dächern und im Hinterhaus!Gott sei Dank,konnten die ausgeschlossenen Unterstützer mit Glück und Hilfe eines Bürgers entkommen.

Vor der Haustür füllte sich der Innenhof langsam mit Bullen auf. Es waren noch 6 BesetzerInnen und 9 UnterstützerInnen im Haus.Um 17.3oh bliesen die Bullen zum Sturm auf die Eingangstür.Waehrend sie unten die Tür aufbrachen, sammelten wir uns im ersten Stock. Wir rechneten jetzt mit der Räumung, obwohl die Bullen fast eine halbe Stunde brauchten um die Tür platt zu machen.Um unsere Akkus zu schonen, hatten wir den Funk nur zeitweise an.Wir hatten zu diesem Zeitpunkt folgende Infos:Absperrung der Jadamowitzstraße – 6 Wannen und ein paar Sixpacks – 3o bis 5o UnterstützerInnen draussen.Diese Nachrichten hatten wir bis 18.3oh empfangen.

Nachdem die Eingangstür aufgebrochen hatten,drangen sie bis zur Treppenbarrikade vor.Dort vernahmen wir die Äußerung von einem Bullen:"Mann, die Treppenbarrikade is' echt 'nen Hammer!"Das baute etwas auf.Die Situation entspannte sich.Wir kochten Kaffee,fanden ein Liederbuch und sangen(bzw gröllten) und verlangten von einem Oberbullen mit dem Eigentümer zu sprechen.Man sagte uns,der Eigentümer,ein Vertreter einer Wohnungsbaugesellschaft(nicht der KWV) sei unterwegs.Um 19.ooh , ein begabter Tenor unter uns grölte gerade die erste Strophe der "Caprifischer" in den Hof, tauchte eine Frau mit zwei Filmfuzzis vom ZDF auf.Wir stehen vor der Räumung, und das Fernsehen will eine Dokumentation über Hausbesetzungen mit uns machen.Das war eine Situation mit der keiner gerechnet hatte.Die Frau wollte ins Haus kommen und uns interviewen und filmen.Sie kam unter die Treppenbarrikade und schilderte uns die Situation draußen.Die Bullen waren heiß auf Räumung,die Stimmung wür-

die Situation draußen: Die Bullen wären heiß auf Räumung, die Stimmung würde eskalieren, der Eigentümer wäre auch schon da, wollte aber nicht mit uns reden. Die einzige Möglichkeit den Eigentümer zum Gespräch zu bewegen, wäre Druck durchs Fernsehen zu machen durch ihre Initiative. Bei einer Räumung wäre es von Vorteil für uns, wenn das Fernsehen im Hqus filmte.
Allein schon aus Sicherheitsgründen verweigerten wir ihr den Eintritt. Wir erklärten uns aber bereit mit ihr zu reden. Sie nahm den Vorschlag an über ein Fenster im angrenz enden Hinterhaus, das direkt an ein Fenster des von uns besetzten Seitenflügels angrenzte, mit uns ein Gespräch zu führen. Sie tauchte kurz darauf mit den beiden Mitarbeitern am Fenster auf, undder Zirkus begann. Die Kamera lief, und sie stellte Fragen über H ausbesetzungen, Motive, Gewalt, ... Einige Leute äußerten sich dazu, weil sie das Gefühl hatten, man müsse irgendetwas erklären oder sich vor der Öffentlichkeit rechtfertigen. Im Verlauf des Interviews meinte die ZDF- , der Eigentümer h ätte die Räumung verlangt und sei nicht zum Gespräch mit uns bereit. Sie drängte darauf ins H aus kommen zu dürfen. Es gab die Möglichkeit über das Fenster, an dem sie stand, zu uns ins H aus zuklettern. Die bullen warteten ab. Wir diskutierten zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr, ob es überhaupt sinnvoll wäre, das ZDF im H aus zu h aben. Über Funk kam die Info, das z wei Sympath isanten aus einer Menschenkette festgenommen worden waren.
Die ZDF- und ihre beiden Kofferträger wagten den Kletterakt zu uns herüber. Es gab Stimmen, die dagegen waren und aus persönlichen Gründen auch nicht gefilmt werden wollten. Es fiel auch das Argument, vor der laufenden Kamera würden die Bullen, im Falle einer Räumung, nicht so heftig austicken.
Wir standen unter dem Druck eines massiven Polizeiaufgebots und dem einer Fernseh kamera. Letz teres hatten wir uns selbst zuzuschreiben. Die leute die nich t gefilmt werden wollten, erhielten die zusicherung "gerastert" zu werden, oder sie verließen ganz den Raum.
Wir handelten aber nicht mehr, sondern eine Frau mit dem Mikro in der Hand und der Kamera im Rücken.
Sie versuchte uns zu einem freiwilligen Abgang zu überreden um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Wir hätten die Chance ein positives Bild von Hausbesetzern in der Öffentlichkeit zu erzeugen. Jetzt ging alles sehr scnell. Ines Köppen vom Frauenverband erschien im h of. Auf den gleichen Weg wie schon den Z DF-Trupp ließen wir sie ins H aus. Ines Köppen bezog vor der Kamera die glei-

che Position wie die ZDF-[redacted].Wir ließen eine hektische Diskussion vor laufender Kamera zu.Die Bullen stellten un s ein Ultimatum von zehn Minuten.Danach sollte geräumt werden.Wie wir später erfuhren, war zu dirsem Zeitpunkt noch kein TEK (Technisches Einsatzkommando) da um die Treppenbarrikade zu entfernen.
Ines Köppen und die Z DF-[redacted] versuchten uns klar z u machen, daß wir durch einen freiwilligen Abgang zeigen könnten,daß es auch friedliche Hausbesetzer gibt,-daßwir ohnehin geräumt werden. Wir sollten die Klisch ees und Vorurteile gegenüber Hausbesetzern in der Öffentlichkeit,die durch die reißerische Berichterstattung in den Medien vermittelt wurden, durch eine demonstrative,freiwillige Räumung in Gegenwart derselben Medien widerlegen.
Der Einsatzleiter sicherte uns bei freiwilligen Abgang Straffreiheit zu.Eswürden lediglich die Personalien festgestellt.
Es kam dann zu einer Abstimmung:Fünf wollten bleiben und sich heraustragen lassen bei einer Räumung,sieben waren bereit die Treppenbarrikade abzubauen und das Haus zu verlassen,drei enthielten sich der Stimme.
Ein demonstratives Verbleiben der zum Abwarten entschloßenen Minderheit, während die anderen das Haus verlaßen, wäre Schwachsinn gewesen und hätte uns gespalten.
Die Barrikade wurde abgebaut,und alle fünfzehn BesetzerInnen und UnterstützerInnen verließen im Schlepptau von einem ZDF-Team und einer Ines Köppen das Haus.
Nach der Aufnah me der Personalien wurde uns mitgeteilt,daß der Hauseigentümer einen Strafantrag auf Hausfriedensbruch gestellt hätte.Die Beh örden müßten das Verfahren gegen uns einleiten.
Zwei Leute wurden zur ED-B ehandlung auf die Friesenwache gebracht.Sie wurden noch in der gleichen Nacht entlassen.Ein Festgenommener, der aus der Menschenkette gezogen worden war, befindet sich noch in Polizeigewahrsam.
Die in der Hitze des Gefechts gefällte Entsch eidung das Haus friedlich zu verlassen, ist von allen BesetzerInnen und UnterstützerInnen bedauert worden.
Der Einfluß von Personen und die einzelnen Vorgänge, die uns letzlich dazu gebracht haben, die Jadamowitzstraße freiwillig zu räumen, wir in der nächsten BZ und auch mit anderen Leuten noch diskutieren.

Zu den Ereignissen [„Krieg"] in der Marchstr.

Wir haben uns nach langen Diskussionen entschlossen, dieses Flugblatt zu schreiben, um Gerüchten vorzubeugen und sie richtig zu stellen.
Wir wollen vor Klaus(-Peter),"Jaques" und Pudding(auch "Eintopf") warnen, da sie die treibenden Kräfte in der im folgenden beschriebenen Auseinandersetzung waren. Außerdem wollen wir unser weiteres Vorgehen auch gegen sie erklären.
Das Hinterhaus unser seit fast 2 Jahren besetzten Häuser Marchstraße 23/Einsteinufer 41 in Charlottenburg steht im Moment fast leer. Dazu führte ein Konflikt zwischen der Mehrzahl der Bewohnerinnen unseres Geländes, und einer Gruppe von Leuten, der in einer handgreiflichen Auseinandersetzung gipfelte.
Wir halten diesen Konflikt für so schwerwiegend, daß er öffentlich gemacht werden muß. Wir sind hier an grenzen der Formen unseres Zusammenlebens und Miteinanderumgehens in besetzten Häusern gestoßen, die wir uns so nie vorstellen und auch nicht wahrhaben wollten. Diese Erfahrung ist tiefgreifend und schmerzhaft.

Am Montag, den 26.11., klirrten gegen 18.00 Uhr an der Rückseite des Vorderhauses der Marchstraße die Scheiben, Steine flogen ins Infocafe und in die Gemeinschaftsküche. Zum Glück hielt sich in diesem Moment gerade keine/r in diesen Räumen auf, sodaß es keine Verletzten gab.
Der direkte Vorwand für diese Aktion, an der ca. 10 Personen aus der Wagenburg und dem Hinterhaus beteiligt waren, war ein durchgeschnittenes Stromkabel. Seit dem Morgen gab es einen Kurzschluß in der Wagenburgelektrik, die die Stromversorgung des Geländes immer wieder lahmlegte. Die drei stöpselten ihr Kabel jedesmal wieder rein, wodurch kurz danach wieder die Sicherung herausssprang. Gegen Abend wurde es einem Menschen zu bunt, er kappte erstmal das Wagenburg-Stromkabel. Daraufhin verbreiteten die drei im Hh, daß Vh hätte wegen der nicht bezahlten Rechnung den Strom abgestellt. Sie forderten die Leute zum "Sturm" auf das Vh auf, was sie vor drei Monaten schon einmal versuchten, damals nach einer Farbbeutelaktion einiger Frauen zur Bekräftigung eines Rausschmißbeschlusses gegen einen Typen wegen Rassistisch/Sexistischer Äußerungen .
Kurz danach tauchten etwa 10 Personen bewaffnet mit Knüppeln, Helmen und Schildern vorm Vh auf, sie forderten, daß der Strom sofort wieder angestellt wird, sonst würde das Vh geräumt (O-Ton: " Jetzt nehmen wir den Bullen die Arbeit ab"), bzw. mit Mollies abgefackelt. K.,J.,P., versuchten gleichzeitig, Diskussionen zwischen Leuten aus dem Vh und Hh zu unterbinden. Als die drei ihre Unterstützung schwinden sahen, machte J. das Angebot seine Stromrechnung zu bezahlen, sich um die Reparatur der Fensterscheiben zu kümmern, droht aber gleichzeitig massiv und greift Personen tätlich an . Ein Typ aus dem Hh geht dazwischen. Klaus gibt dann den Befehl zum Abmarsch, im Vh wird ein Plenum gemacht. Dabei kommt dann heraus, daß für fast alle die Aggressionen der drei spätestens mit diesem Angriff unerträglich geworden sind. Es wird beschlossen, die Stromleitung zur Wagenburg (aus der drei andere Menschen wegen verbaler und körperlicher Angriffe gegen sie schon einige Wochen vorher vertrieben wurden) erstmal nicht wieder anzuschließen. Ein Mensch aus dem Hinterhaus geht los, um diesen dreien von dieser Entscheidung zu berichten. Er wird daraufhin von J. als "Verräter" bezeichnet und zusammengeschlagen. Als er zurückkehrt beschließt das Plenum,daß die drei das Gelände verlassen sollen. Mehrere Personen gehen ins Hh, um dort nochmal klarzumachen, daß wir Faustrecht und Anmache satt haben und daß es nicht gegen das Hh geht, sondern gegen diese Schweine. Dabei wird ein Geländeplenum für den nächsten Tag vereinbahrt ohne die Leute, die an der Aktion gegen das Vh beteiligt waren. Das Geländeplenum , nur ein Mensch aus dem Hh nimmt teil, beschließt, daß die drei bis zum nächsten Mittag das Gelände verlassen sollen. Dies wird ihnen danach übermittelt, worauf sie dann in 36 und Moabit mobilisieren gehen(O-Ton: "Das Vh wird brennen").
Gegen 4.00 Uhr nachts beginnt dann ein massiver Beschuß des Vorderhauses mit Flaschen, Steinen und Zwillen aus dem Hh, die meisten Fensterscheiben gehen zu Bruch, es wird glücklicherweise niemand ernsthaft verletzt. Nach etwa einer Stunde fortdauernden Beschusses beginnen einige Menschen aus dem Vh zurückzuschießen, als dann ein Mollie in Richtung Vh fliegt, wird die Gegenwehr verstärkt, in der Absicht, die AggresorInnen von den Fenstern zum Hof wegzuhalten. Gleichzeitig beschließen wir, die Bauwägen der drei Oberschweine sofort vom Gelände zu entfernen, was dann auch passiert (zwei UnterstützerInnen der AngreiferInnen die mit einem Mollie und anderen Waffen auflaufen, werden von uns mit Gewalt gestoppt). Außerdem beschließen wir, keine Personen während der Auseinandersetzungen mehr ins Hh zu lassen. Wer heraus will, kann dies tun. Wie wir später erfahren haben, sind während des ganzen Angriffs die drei und ihre HelferInnen gegen andere Hinterhäusler aktiv geworden, um sie an das Verlassen des Hh zu hindern. Personen, die mit ihnen über diese Aktion reden wollten, wurden zusammengeschlagen. Am Mittwochvormittaag verlassen dann nach und nach die an den Aktionen unbeteiligten das Hh. Im Vh sind mittlerweile UnterstützerInnen eingetroffen, die uns helfen, keine/n ins Hh zu lassen.

Gegen 15.oo Uhr erinnern sich die verbleibenden AngreiferInnen, daß noch ein Kranker (Blutvergiftung, 40Grad Fieber), um den sie sich seit mindestens einen Tag nicht gekümmert hatten, im Haus ist, und ließen uns dieses wissen, und verließen dann geschlossen im Schutze des eintreffenden Krankenwagens das Hinterhaus.
Am nächsten Tag verübten K.,J.,P., mit sechs anderen Personen einen Überfall auf die Wohnung eines Ex-Marchsträßlers in Ost-Berlin, der uns während der Konfrontation unterstützt haben soll (was nicht wahr ist) und schlagen die Anwesenden mit Baseballschlägern und Eisenstangen zusammen und klauen 100 DM. Außer den AngreiferInnen verlassen noch einige andere HinterhäuslerInnen vorerst das Gelände. Einige HinterhausbewohnerInnen in die anderen Häuser ein. Das Hh wird gegen noch zu erwartende Angriffe gesichert. Was jetzt mit dem Hh passiert, ist us allen noch unklarund bisher nur andiskutiert.

Die seit längerem bestehenden Nervereien zwischen dem Hh und Vh (die sich an so alltäglichen Dingen, wie unbezahlten Rechnungen und Abziehereien und so schwerwiegenden Punkten wie dem stark sexistischen Verhalten von meheren Hinterhäuslern aufbauten und die durch die mangelnde Kommunikation zwischen den Leuten nicht bewältigt werden konnten, was noch verstärkt wurde durch die starke Fluktuation der HinterhausbewohnerInnen und dem arrogenten Verhalten vieler anderer Leute aus den anderen Häusern.), nutzte Klaus aus, um eine Situation zu konstruieren in der er die Leute aus dem Hh gegen das Vh aufzuhetzen versuchte. Es gelang ihm jedoch nur kurzzeitig ein paar Menschen zu mobilisieren, im Verlauf der Auseinandersetzung wurde uns und den meisten Menschen aus dem Hh klar, daß die Provokation von Klaus und seiner Crew wenig mit den Spannungen zwischen den Häusern zu tun hatten, sondern er diese nur ausnutzte.
Der Angriff auf das Vh war nicht das erste Ereignis, wo Klaus versuchte, Leute gegeneinander auszuspielen, zu verleumden und damit vom Gelände zu drängen, sowie die Häuser gegeneinander aufzuhetzen, um eine Machtposition aufzubauen und zu stärken. Während J. und besonders P. mehere Menschen auf dem Gelände massiv bedrohten, hielt sich Klaus dabei eher im Hintergrund. Wir und andere haben aber mehrmals beobachten können, wie Klaus aufgestachelt hat und Anweisungen gegeben hat. Wir haben die Aktionen von KLaus, Pudding und Jaques zuerst nicht ernst genommen. Ihre Rollkommandemäßigen Angriffe auf uns und andere Personen, der Überfall auf die Wohnung am Tag nach ihrem Angriff auf das Vh zeigen, daß der Terror nicht zu Ende ist. Außerdem erfuhren wir von einem Überfall auf die Ost-Berliner Wohnung von ca. 14 Tagen. Wir rechnen mit weiter en Angriffen auf uns oder andere Häuser. Wir erfuhren z. B. von Plänen, die polizeiliche Räumung zu provozieren. Die Angriffe von Klaus, Jaques und Pudding spielen objektiv den Bullen in die Hände, d. h. neben der zur Zeit für die meisten Häuser bestehenden Räumungsbedrohung käme weiterer Druck hinzu, wenn es Klaus und Co. tatsächlich gelänge, weitere Personen, Gruppen oder Häuser gegeneinander aufzuhetzen. Wir wollen dies mit unserer Darstellung verhindern und sind der Meinung, daß Personen, die sich so Verhalten, in unseren Zusammenhängen nichts mehr zu suchen haben.

♀♀-Papier

Einige Frauen aus der Marchstraße/Einsteinufer haben eine teilweise andere Einschätzung zu den Vorfällen auf dem Gelände.
Schon immer lief von Typen, vor allem aus dem Hh, sexistische Anmache gegenüber Frauen. Einige Male sollten Typen dann auch deshalb vom Gelände fliegen, wobei sich daraufhin alle Leute aus dem Hh mit dem jeweiligen "solidarisiert" haben. Wir haben diese Rausschmisse dann nicht gegen das Hh durchgesetzt, zum Teil weil wir von dieser "Solidarisierung" und der damit verbundenen tätlichen Bedrohung eingeschüchtert wurden, zum Teil wegen unserer eigenen Uneinigkeit und Inkonsequenz. Einerseits war es für uns ab verschiedenen Zeitpunkten dann nicht mehr möglich mit den allermeisten Leuten aus dem Hh zu reden, andererseits haben wir durch unser Nichtsverhalten/Nichthandeln dazu beigetragen, daß die Struktur des Hh lange aufrecht erhalten wurde. Diese Struktur heißt/hieß für uns die hohe Fluktuation, so daß niemand, auch nicht die BewohnerInnen des Hh selbst, wußte, wer dort genau wohnt und trotzdem (oder gerade deshalb?) eine ständige blinde Solidarität gegen das Vh und besonders gegen Frauen bestand. Dies bedeutete für die Typen des Hh einen absoluten Freiraum für ihre sexistisches Verhalten, und eben diese Struktur hat auch Leuten wie Klaus, Jaques und Pudinng usw. diese Eskalation gegen das Vh ermöglicht. Unser jetziges Handeln ging deshalb nicht nur gegen diese drei, sondern gegen genau diese Strukturen. Geländeweit ist es im Moment unklar, wie es mit dem Hh weitergehen soll. Wir wollen auf keinen Fall zulassen, daß das Hh jemals wieder Freiraum für Sexismus und Haßteile einzelner Leute sein kann.

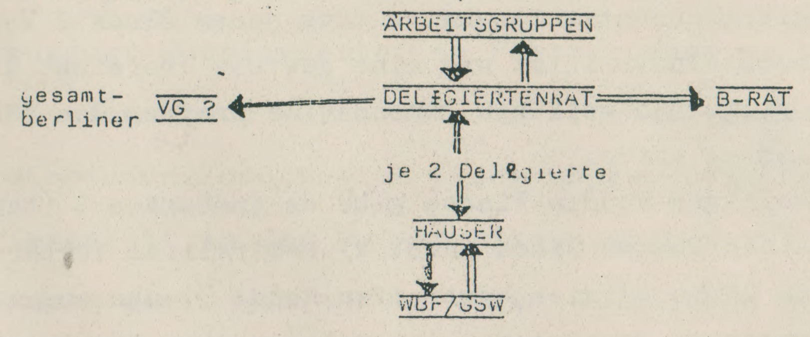


Vorschlag zur Einberufung eines DELEGIERTENRATES !!!!!!!?!!!!!!!
zur Diskussion im Friedrichshainer Häuserrat Mo 7.12. / innerhalb des VG's

Da WIR uns im Moment etwas kopflos auf Verhandlungen einlassen, bzw. uns auslassen oder auch draußenlassen, denken wir, das es sinnvoll wird einen Delegiertenrat für Friedrichshain zu installieren.
Wir wollen keinen FACHIDEOTISCHEN WASSERKOPF der alleine arbeitet, und Mensch in den Häusern mal wieder nix mitkriegt bzw. keinen Einfluß auf Fortentwicklungen hat.
Nur so kommt es unsrer Meinung nach auf der einen Seite zu unkoordinierten Einzelverhandlungen und andererseits zu immer stärker schwindender Transparenz über das, was wir wirklich wollen. So haben wir später dann das was SIE uns immer zuschieben wollen, nämlich Verhandler und Nicht-Verhandler.
Diese Entwicklung hat nun spätestens nach der Räumung der Mainzer Str. an Eigendynamik gewonnen.
Wir wollen KEINE SPALTUNG und möglichst EINHEITLICHE und gut ausgearbeitete VERTRÄGE!!!!!!!!?!!!!!!!
!.......und nun folgende Ideen Wozu dieses Gremium, und wie es arbeiten könnte:

- Austausch von Erfahrungen mit der WBF
- Auswertung der verschiedenen Vorverträge
- Strategien und Taktiken mit bzw. gegen WBF und GSW

Arbeitsmodell:



Aus allen interessierten Häusern sollten vorerst 2 Personen verbindlich teilnehmen. Diese garantieren für den Info-Fluß von ihrem Haus in den D-Rat, und geben Infos zurück in die Häuser.

Wir sehen in einem solchen Rat die Möglichkeit doch noch zu einer Verhandlungslinie Friedrichshain zu finden.
Der D-Rat soll nicht ein politisches Gremium werden auf dem welchem GRUNDSÄTZLICHSTES erörtert werden soll, sondern ein effektiv arbeitendes Arbeitsgremium.

Das KREUZIGER Straßenplenum

STRUKTURPAPIER - ein Vorschlag

Seit der Räumung der Mainzer-, Pfarr- und Cotheniusstr. sind unsere Gremien vollends durcheinandergeraten. Es gibt immer mehr Einzelverhandlungen, die Bezirksebene droht sich zu verselbständigen. Viele Häuser müssen zur akuten Räumungsabwendung mit den Wohnungsbaus labern, wobei es schwierig ist, Gespräche von Verhandlungen zu trennen. Wo bleibt unser Häuserbündnis, das wir für die Presseerklärung vom 16.11. nochmal mit Müh und Not zusammengebracht haben ?
Was ist aus dem Vertragsgremium geworden ?
Wir halten es für drimgend notwendig, das Vertragsgremium wieder ins Leben zunrufen und öffentlich zu machen, damit die Runden Tische nicht ins Leere tagen.
Da es im Moment keine VerhandlungspartnerInnen von seiten des MagiSenats gibt, kann das VG erstmal die Koordinierung der Gespräche an den Runden Tischen aus den einzelnen Bezirken übernehmen und darüberhinaus Öffentlichkeitsarbeit für das VG machen. Die Streiterei, wie sich das VG unter uns nennt können wir uns sparen. Wichtig ist, daß es als "Vertragsgremium" öffentlich nur in Presseerklärungen und später bei eventuellen Verhandlungen auftritt.
Es scheint uns notwendig, diese Koordinierung über das VG und nicht über ein beliebiges Koordinationstreffen laufen zulassen, weil das VG eine feste DelegiertInnenstruktur hatte (aus jedem Block 2 VertreterInnen), die immer noch sinnvoll ist und eine gewisse Übersicht über den Stand des Bündnisses gibt, und weil ein gesondertes Treffen des VGs unsere Strukturen überlasten würde.
Für die jeweiligen Runden Tische gäbe es ansonsten 3 (bzw. wenn Lichtenberg auch einen Runden Tisch macht 4) bezirkliche Vorbereitungstreffen, die über das VG/Koordinierungstreffen Runde Tische zusammenlaufen, dort Infos austauschen, gemeinsame Linien besprechen und versuchen, die Runden Tische der Bezirke zu einem Gesamtberliner Runden Tisch zusammenzulegen.
Um ein Wirrwarr von Einzelgesprächen zu vermeiden sollten Häuser, die besondere Probleme mit den Wohnungsbaus oder den Bezirksämtern haben, diese auf die Runden Tische verweisen und die Probleme möglichst dort abklären.
Alle Häuser sollten sich (wieder mal und dafür umso gründlicher) überlegen, ob sie imm Häuserbündnis mitmachen wollen und wie weit sie mit ihm gehen und dafür sorgen, daß sie in den Strukturen vertreten sind, sich informieren und ihre Vorstellungen weitergeben.

Einige aus dem "gemischten Block"

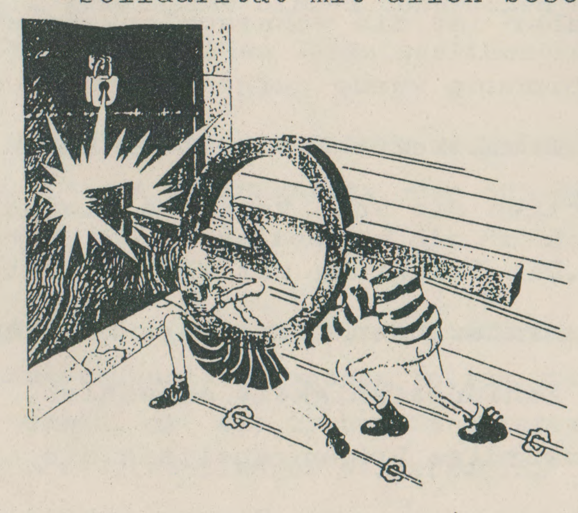
REDEBEITRAG AUS DEN BESETZTEN HÄUSERN IN FRIEDRICHSHAIN

zur Mietendemo am 29.11.90

Für die Räumungen in der Mainzerstr.,Corteniusstr. und Pfarrstr. sind neben Magistrat und Senat auch die West=berliner Wohnungsbaugesellschaften verantwortlich,die die verschiedenen Ostberliner Bezirke unter sich aufgeteilt haben und den aus der ehemaligen KWV entstandenen Wohnungs=bau-GmbHs sogenannte Organisationshilfe leisten.
Der Geschäftsführer der Wohnungsbau-GmbH Friedrichshain Duvigneaut ist zB ein leitender Angestellter der Westberliner GSW.Die Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg/Treptow,ver=antwortlich für die Räumungsaktion in der Pfarrstr.,ist nichts anderes als eine Marionette von Stadt und Land.
Der Leerstand in der DDR ist zurückzuführen auf eine Baupolitik, die bevorzugt Neubauviertel in Plattenbauweise hochzog und die Altbausanierung vernachlässigte.Trotz Wohnraumlenkung, Mietpreisbindung und vollem Kündigungsschutz kam es zu Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung,zB waren viele Familien mit Kindern gezwungen,auf zu engem Raum leben zu müssen.
Mittlerweile aber ist die Wohnraumlenkung abgeschafft worden, die Mietpreisbindung wurde aufgehoben und das neue Zauberwort der Wohnungspolitik heißt WBS.Künftig haben bei der Wohnungs=vergabe diejenigen die Nase vorn,die die meiste D-Mark vor=weisen können.Die Erfahrung mit WBS im Westen zeigt,daß Haus=besitzer ihre MieterInnen keineswegs nach Bedürftigkeit sondern vielmehr nach Zahlungsfähigkeit auswählen.
Die menschenunwürdige Wohnungspolitik,die im Westen betrieben wird,hat jetzt auch im Osten Einzug gehalten.Die Maxime 2Wohnungsbau nur bei Profit" bestimmt jetzt die Politik und macht selbstbestimmtes Leben und Wohnen unmöglich.

Durch Hausbesetzungen versuchen wir dieser Wohnungspolitik Widerstand entgegen zu setzen.
Wohnraum darf keine Ware sein.Wir wollen selbstbestimmt leben, wohnen und arbeiten.
Trotz der Räumungen in der Mainzerstr.,Corteniusstr. und Pfarrstr. setzen wir den Häuserkampf fort,gestärkt durch die Solidarität der Bevölkerung im Kiez.Es drohen uns nach gesicherten Informationen die Räumungen von folgenden Häusern,die nach Berliner Linie geräumt werden sollen:
-Rigaerstr.101,-Proskauerstr. 4,-Kadinerstr.15,
-Scharnweberstr.28.
Wir sind verhandlungsbereit und der Senat antwortet einzig mit Räumungen und Kriminalisierung.

Wir fordern:
- Die Rückgabe der geräumten Häuser
- Eine Nichträumungsgarantie
- Die Bildung eines Runden Tisches mit dem Vertragsgremium aller Häuser
- Die Einstellung aller Strafverfahren gegen InstandbesetzerInnen
- Die Freilassung der Gefangenen
- Den Abzug der Polizei aus Friedrichshain
- Solidarität mit allen besetzten Häusern



Aus: SchülerInnen-Zeitung Boxhagener Str.

MAINZER STRAßE - Wie kam es zu den Krawallen ?

Wir waren am Tag vor der Räumung in der Mainzer Straße und haben uns mit den Hausbesetzern unterhalten. Von ihnen wurde uns folgendes berichtet:

- am gleichen Tag, andem die Häuser geräumt wurden, hatten die Hausbesetzer vom Bürgermeister die Zusicherung bekommen, daß die Häuser nicht geräumt werden.
- den Hausbesetzern wurden Verträge angeboten, aber nur solche für drei Jahre und nur an Einzelpersonen
- die Hausbesetzer wollen die Häuser nicht besitzen, sondern nur in ihnen wohnen (sie würden auch Miete zahlen und die Häuser mit Geld vom Eigentümer ausbauen)
- der Grund, die Häuser zu besetzen ist der (1) nicht zehn Jahre auf eine Wohnung warten zu müssen (2) keine völlig überhöhte Miete zahlen zu müssen
- bevor die Polizei anfing, mit Wasserwerfern und Tränengas in die Mainzer Straße einzufallen, ist von den Hausbesetzern keine Gewalt ausgegangen
  erst als die Polizei angefangen hatte, bauten die Hausbesetzer Barrikaden und verteidigten sich
- bei den Krawallen kamen u.a. Skins dazu, und kämpften auf der Seite der Hausbesetzer, aber dafür konnten die Hausbesetzer schließlich nichts
- Leute, die von der Polizei festgenommen wurden, sind von der Polizei brutal zusammengeschlagen worden
  die Polizei versuchte, Hausbesetzer vom Dach zu schießen (zu töten) und setzte Gase und Waffen ein, die im Krieg verboten sind
- in der Mainzer Straße waren 10 mal soviel Hausbesetzer wie Polizisten
- Geschäfte in der Umgebung der Mainzer Straße wurden hauptsächlich von Leuten geplündert, die keine Hausbesetzer sind
  das konnten auch Bekannte bestätigen, die gesehen hatten, wie Anwohner sich Stoffballen und Stereoanlagen klauten
  außerdem wurde von ihnen beobachtet, wie ein Hausbesetzer mit einer Stereoanlage aus einem Geschäft kam, und sofort von drei anderen Hausbesetzern aufgehalten wurde

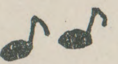
AUS ZEITUNGEN IST UNS BEKANNT:

- die Polizei hatte keinen Befehl für den Einsatz erhalten, sondern nur eine Anordnung von Paetzold, der aber nicht befugt ist, derartiges anzuordnen
- DER POLIZEIEINSATZ HAT DEM STAAT 10 MILLIONEN DM GEKOSTET!

Unsere persöhnliche Meinung dazu ist:

- die 10 mill. DM, die der Polizeieinsatz gekostet hat, hätten lieber den Hausbesetzern zur Sanierung der Häuser zur Verfügung gestellt werden sollen, denn in der Jessner Straße gibt es bereits ein Haus, indem die Hausbesetzer noch zu DDR-Zeiten Ausbauverträge bekommen hatten, und in diesem Haus wurde sehr viel gemacht
  die Hausbesetzer haben die Nachbarn zum Kennenlernen zu Kaffee und Kuchen eingeladen, und für die Nachbarn Kuchen gebacken
- der Polizeieinsatz könnte eine Wahlkampanie der SPD gewesen: "Wir schaffen Ordnung in Berlin
- Soll der Bevölkerung gezeigt werden "DDR-Bürger, die Zeiten eurer Demos sind vorbei?"

Jetzt oder nie!

 Scherbenwalzer 

Wenn der Mannschaftswagen brennt
und ein Bulle leise flennt
sind die Akten abgestaubt
und die Knarren sind geklaut
und die Knüppel sind zersägt
einsam piept ein Funkgerät
wenn der Einsatzleiter flieht
ja, dann singen wir unser Lied

Die nächste Scher-Scher-Scher-ben - De - mo
machen wir
du mit mir
ich mit dir
Die nächste Scher-Scher-Scher-ben-de-mo
machen wir
gegen Schweine und Bullen
mobilisieren wir

(nach Schneewalzer-Melodie)

Mainzer Strasse der Gewalt... Glosse von Roger Schaumberg

Ich bin gegen Gewalt.Ganz allgemein.Wo immer sie entspringt.Vom wem sie auch ausgeht.Wir wollen Kultur.Eine multikulturelle,eine soziokulturelle Gesellschaft gar.Wo die Kultur aufhört,beginnt die Gewalt.Erst die verbale,schlieslich Faustrecht und Waffen.Fressen und gefressen werden.Der Stärkere siegt. Tierreich dies - nicht Kultur.

Kultur ist Kommunikation.Brücken schlagen über unterschiedliche Positionen, vermitteln.Sich selbst relativieren.Wir sind Subjekte,nicht Objekte.Selbst Momper nicht,oder gar Pätzold.Der Staat hat zugeschlagen.Klargemacht,wer der Stärkere ist.Er hat das Gewaltmonopol.Eine Kulturgesellschaft kennt nur Gewaltverzicht.

Wir hätten den Zusammenbruch des stalinistischen Systems nicht über die Eroberung der Strasse so beschleunigen können,wenn wir uns nicht über Unterschiede hinweg gefunden hätten zum gemeinsamen Handeln,letzten Herbst.Das hat unserer Gesellschaft 'ne Menge Kulturzuwachs gebracht.Wenn auch nur kurzzeitig,weil schnell von den Verpackungen der so lang entbehrten Konsumgesellschaft verschüttet.Der in den Demos in Leipzig erfahrbare Unterschied zwischen Würde und Würdelosigkeit verwischte sich beim Shopping schnell.Nicht genug Zeit für das Sklavenvolk das Freiheitsgefühl vom Bauch in den Kopf zu bekommen,mit der plötzlichen"Hot Dogs Sattheit"in Ersterem.Zu früh waren die Schaufensterauslagen willkommene Ablenkung von der ungewohnten Denkanstrengung."The king is dead - long live the king!",war das Ergebnis.Trotzdem:die Vorgänge um die Mainzer Str.waren ein Westimport,wobei der Importeur von nichts wusste.

So weit waren wir noch nicht wieder auf den Hund gekommen.In Ostberlin liefen Gespräche - Verhandlungen mit den Besetzern,auch denen in der Mainzer - Streitkultur wurde geübt,wenn auch zäh und oft hinhaltend.Und dann kamen die Kreuzritter aus finsterer Vergangenheit über die Stadt und errichteten blutig ihre"Ordnung".Mitten im Frieden macht der neue König klar,wer Herr im Lande ist.Aus Wahlkampfgründen,dem dümmsten Spiel,das dieses Jahrhundert hervorgebracht hat.Die dümmliche Arroganz der Macht hat wiedermal über die Kultur triumphiert,hat sie aus - geräumt.Wieder ein Stück weiter entfernt von einem besseren,einem kulturvollem Deutschland.Wieder ein Stück weiter weg,vom rechtmäßigen Gebrauch des Begriffes"Zivilisation".

Dabei sind doch die"Starken"immer die eigentlich"Schwachen".Sie sind auf ihre Lügen angewießen.Zuerst für sich selbst.Ich kann keine unterschiedlichen Level von ethischer Verkommenheit und Kulturlosigkeit zwischen"Super-Momps" und"Super-Birnen"aller Coleur mehr ausmachen.Sie sollten sich ehrlicherweise zusammentun,um mit ihrer allgegenwärtigen Inkompetenz diesem problematischen, bewußtlosen Deutschland den Geist von tausend Jahren wieder aus dem verstaubten Frack zu klopfen.Ihr werdets schon schaffen,Jungs...!

Kein Alibi,dies,für grüne Politkarrieristen.Wo man beginnt,mit Strategie, Taktik und Intrigen,diesem"durch-die-Hintertür-denken",seine Ideale - falls ursprünglich überhaupt vorhanden - realisieren zu wollen,ist's aus mit dem gelebten Pluralismus,"Einheit in Vielfalt",dem konstruktiv-sachlichen Aushalten und Austragen von Konflikten und Differenzen,ihrer Umsetzung als Produktivkraft.Kultur- durch Kommunikationsverlust.Wenn die letzte Entscheidung durch die Muskulatur erfolgt,kann man getrost aneinandervorbeileben, -reden,-schweigen.Die allgegenwärtige Entsozialisierung der"modernen Industriegesellschaft"schreitet potenziert fort...

Wir sind am Ende der Geschichte angelangt.Wir haben keine Utopien mehr von der Gesellschaft.Wer keinen Traum mehr von der Zukunft hat,weil er,vermeintlich (sic!),im Zenit steht,der hat keine Zukunft mehr.Wir schlafen jetzt so traumlos,wie das gewöhnlich nur bei Toten vorkommt.Das Ergebniss: es gibt keine Ethik mehr.Die fußt nämlich auf einer Utopie,einem Ideal."Denn eigentlich,der Mensch ist gut.."Wer glaubts schon noch.Doch wer's nicht glaubt hat keine konstruktive Erfahrungs- und Handlungsbasis mehr,läßt den Menschen - sich eingeschlossen - verkommen,was ein anderes Wort für Ster en ist. Die Kultur basiert auf Ethik. Die Kultur stirbt aus. Und also der Mensch. Nicht weil er muß, sondern weil er es - fettgefressen, nichtdenkend und bequem - widerstandslos zuläßt.

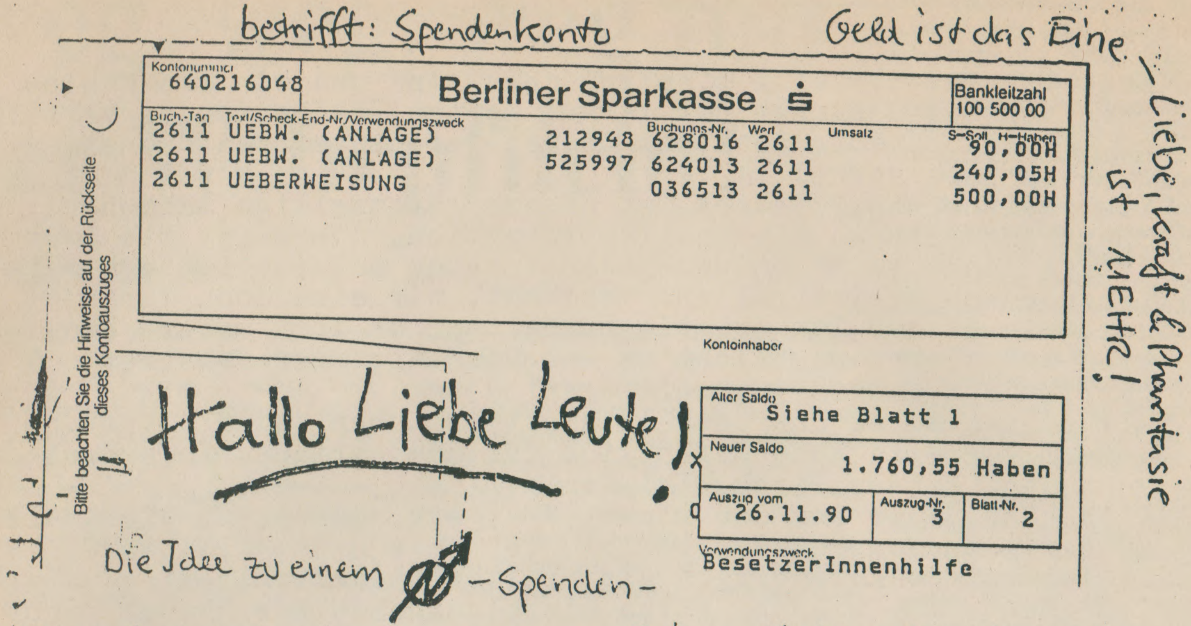
Es gibt keine integr'ren Politiker mehr. Die Winkelzüge der entfremdeten korrupten und verbürokratisierten Parteistrukturen werden täglich wider-

rtiger.. Die Parteien sind am Ende. Die Bürgerbewegungen mit ihren basis-
mokratischen Anspruch, besserer Transparenz, Machtkontrollierbarkeit
rer strukturen, wären eine neue demokratische - qualitative Alternative
wesen.
er es gibt auch in dem ganzen gottverdammten Rest der Gesellschaft kaum
ch integ're Menschen. Ja, die Verlierer in den besetzten Häusern, mit
ren mehr oder minder unbewußten, aus dem Defizit gewachsenen Sozialisierung-
rsuchen, ihrer Wertewelt in der Geld, Macht und Karriere nicht vorkommt.
e sind der Teil der Jugend, der sich der Elterngeneration nicht unter
ckratverlust bedingungslos angepaßt hat, der durch eigenes kritisches
nken, eigene Wertsysteme ausgeprägt hat. Kollektives, solidarisches Zu-
mmenleben in der Gruppe und soziales, also auch politisches Engagement.
e haben nicht auf den Service der sozialen Abfütterungsgesellschaft ge-
rtet, der das soziale Denken des Einzelnen verkümmert, sie haben selbst
zial gedacht und gehandelt: Suppenküchen für Alte und Arme, Infocafe's
t erschwinglichen Preisen, Kita's, 3. Weltläden, Bibliotheken, Kultur-
ume und Veranstaltungen zum Billigtarif, Alternativschulen u.s.w.
Unsere Elterngenerationen läßt sich vor angepaßt - fettgefressene Denk-
ulheit ohne Not sterben, läßt sich sozial versorgen, statt sozial zu sein,
mpensiert das angewachsene Defizit ihrer ideellen Lehre mit einer Flucht
die tote, seelenlose Glitzerwelt des Materiellen. Das Raffen von äußerem
b und Gut, daß verbergen soll, daß innen nichts mehr ist. Die(Schild und
hwert!) Moral wie eine Ordensspange an der Brust, eingemauerte und Rund-
verteidigung um nicht zugeben zu müssen, daß die Ethik, die der Moral
ndament sein könnte, längst flöten ging. Alles hohl, alles Schein und
sken, Masken,... Man gibt sich selbst den eigenen, längst eingetretenen
d nur ungern amtlich zu. Da muß die Begegnung mit diesem Rest Leben auf
esem Planeten, in dieser Gesellschaft als provokativer Angriff in Form
m Konfrontation mit sich selbst ("Leben, Sehnsucht, Naugier, Ideale...
war doch mal was...) zudessen präsentiver Vernichtung führen. Es scheint
n wären asozial und gewaltbereit. Wer zur Kenntnis nimmt, was in und um die
inzer Straße wirklich geschah, soziopsychologisch analysiert, stellt fest,
ß diese Gesellschaft Anspruch auf diese Attribute erheben kann, täglich
hr. Wir sind von ihr , an ihr sozial krank - sie aber ist längst tot. Wir
nd mit Ihrer Hilfe wieder ein Stück weg vom Überleben der Menschheit.
rr Momper und Strategen - auch wenn sie DIESE (garnicht mehr so) Fern-
rkungen Ihres Handelns nicht überblicken (Ihr Horizont reicht ja gerade
s zum 2.12.). Unter all den Toten sehe ich öfters auch August Bebel durch
e Stadt schleichen, sich fröstelnd das Leichentuch um die dürren Schulter
ätter ziehen....findet schon seit damals keine Ruhe mehr, der arme Sozi...
Lacht ja nicht - all Ihr Pseudo - Linken!! Schadenfroh, das seid Ihr!
er als die Luxemburg damals sagte : " Sozialismus ist keine Messer - und -
abel - frage, sondern eine Kulturbewegung ", habt Ihr nicht lange nachge-
acht und gesagt : " Ja, ja - die Rosa mit ihrem Temperament - halt' ne
au.." - und bis heute habt Ihr nix begriffen! Die Gesellschaft (ALLE
NDEREN) wollt Ihr revolutionieren, zum Neuen, Mensch neuen Typs..! Die
igene kultivierende Revolutionierung ist Euch zu anstrengend. Helden haben
eine Makel : kämpfen und sterben! Ihr seid auf keiner anderen Kulturstufe
ls Jene! Lügt Euch über Eure Neurosen und Defizite per Klassenkampf -
ktionismus.
erdammt, ich sehe Bürger und Polizisten, Klassenkämpfer und Sozialdemo-
raten... eine sterbende Gesellschaft, alles in allem... und hätte doch so
ern unter Menschen gelebt. Und während mir an der Mahnwache vor der Mainzer
raße, ein dicker 35-jähriger (Mein Gott - der ist nur 7 Jahre älter als
ch!!) entgegenbläst :" ins Bergwerk oder gleich vergasen muß man Euch rotes
sindel...", kichert böse - ironisch in meinem Hinterkopf die Evolution:
Höherentwicklung oder Tod, mein Lieber, billiger hattet Ihr's nie - nur
chade um die 6 Millionen Jahre ..""Mir ist schlecht. Ich ende.

R.S.
Mahnwache Mainzer Straße, Kunsthaus TACHLES e.V.
bürgerbewegt

betrifft: Spendenkonto

Geld ist das Eine - Liebe, Kraft & Phantasie ist MEHR!


Kontonummer 640216048
Berliner Sparkasse
Bankleitzahl 100 500 00

Buch.-Tag	Text/Scheck-End-Nr./Verwendungszweck		Buchungs-Nr.	Wert	Umsatz S=Soll H=Haben
2611	UEBW. (ANLAGE)	212948	628016	2611	90,00H
2611	UEBW. (ANLAGE)	525997	624013	2611	240,05H
2611	UEBERWEISUNG		036513	2611	500,00H

Kontoinhaber

Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite dieses Kontoauszuges

Alter Saldo: Siehe Blatt 1
Neuer Saldo: 1.760,55 Haben
Auszug vom 26.11.90 | Auszug-Nr. 3 | Blatt-Nr. 2
Verwendungszweck: BesetzerInnenhilfe

Hallo Liebe Leute!

Die Idee zu einem Ⓐ-Spenden-aufruf und -konto entstand am Freitag, 16.11. auf dem Kreutziger-Straßenplenum und wurde ziemlich schnell umgesetzt. Inzwischen stapeln sich bei uns Klamotten und Bettzeug (Vorbeischaun & Abholen!)

Was die Kohle angeht schlage ich folgendes vor (zur Diskussion):

1. Es sollte auch vom Aufruf her für alle Häuser verwendbar sein, wobei aber die MainzerInnen Priorität erhalten. Dementsprechend soll auch noch jemand von dort verfügungsberechtigt sein.
2. Die Verwendung kann auf dem B-Rat kurz abgeklärt werden: Öffentlichkeitsarbeit / MainzerInnen-Verluste / spätere Prozeßkosten ..
Die Kohle kann anschließend im 'Infocafé' in der Kreutziger 18 abgeholt werden (14-19 Uhr).
3. kurze Bekanntgabe des Kontostandes und der Verwendung in der wöchentlichen B-I. Das Geld kam übrigens bisher von EinzelspenderInnen aus Westberlin, Hannover, Frankfurt und Bargteheide sowie aus 'ner Kollekte in der Proskauer und der MainzerInnenkasse im Pilatus (K21)

Super! Spitze! Dankeschön!

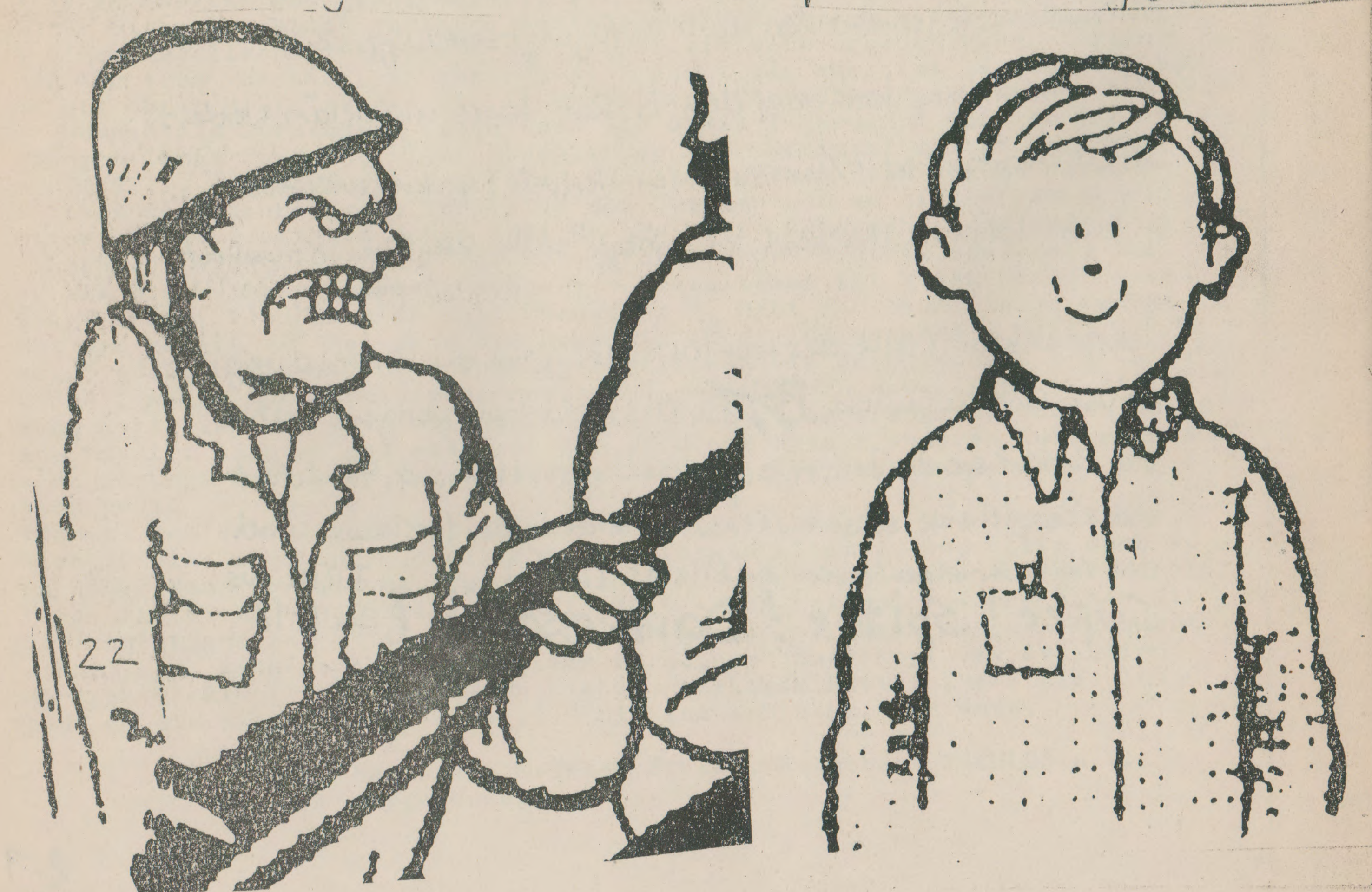
ERik aus der K18

Stoppt die Knallkopffraktion !

So geht es nicht weiter!

Fact is, daß wir alle ziemlich down sind und wie das Kaninchen vor der Schlange nur darauf warten, nacheinander vertilgt zu werden. Schwache Reaktion in der Defensive statt konstrucktiv nach vorne!
Viel gefährlicher jedoch ist unsere gegenseitige Lähmung.
Hier besonders an die Knallkopffraktion, die meint mit Lautstärke recht zu haben und jeden Versuch mal realistisch weiterzudenken niederbrüllen. Verdammt, wir sind doch darauf aus, die Häuser langfristig zu halten, um dort unsere Utopien auszuleben und nicht um aus Dummheit oder falscher Barrikadenromantik rauszufliegen!
Wir können es uns deshalb nicht erlauben jeder/m Verbündeten/, der/die noch öffentlich für uns spricht, aufs Maul zu hauen (Runder Tisch, Ini-Kreis)
Auch können wir uns die Plena, VVs, etc. schenken, wenn die Knallköppe jeden Kompromißvorschlag oder jede nicht-militante Aktion sofort kategorisch als Spalter niederbrüllen!
Ich möchte mal wissen, warum einzelverhandelnde Häuser nicht die Möglichkeit haben sollen, ihre Gründe zu erklären.
Das Bündnis existiert doch in erster Linie um allen Häusern zur Legalität zu verhelfen und nicht um Legalisierungswillige abzuspalten, denn wohin führt das wohl!?!
Wie wäre es mit dem Vorschlag, daß jedes Haus einen eigenen Vertragsvorschlag vorlegt und die Gesammelten dann als Bündel dem Senat vorgelegt werden, ev. mit Presse. Dann würde sich endlich mal jedes Haus damit befassen und nicht nur das VG konsumieren!

WIR TREFFEN UNS AM MITTWOCH UM 19.00Uhr in der Kreutziger Str. um über Utopie und Strategie zu reden



Weg, weg, weg mit der Wehrpflicht!

von Christian Herz

Als vor knapp einem Jahr die Mauer fiel, der Warschauer Pakt deutlich sichtbar zu zerbröseln begann, da dachten viele, jetzt ist es soweit. Abrüstung, Abrüstung und nochmals Abrüstung. An vorderster Stelle sollte für viele die Wehrpflicht stehen. Doch was kam, mußte schockieren vor allem, wenn wir von heute aus auf die vergangenen Monate zurückblicken.

Unmittelbar nach der Maueröffnung, inmitten des Freudentaumels, begannen die Strategen schon darüber nachzudenken, wie sie die neue Situation für ihre Zwecke benutzen könnten. Sie mußten sich jedoch in Zurückhaltung üben; denn große Teile der Bevölkerung waren so begeistert, daß sie weitreichende Veränderungen anstrebten. Das Feindbild wandelte sich zum Freundbild. Die Bundeswehr geriet in die schwerste Legitimationskrise seit ihrem Bestehen. Leider versäumte die vereinigungsbeschäftigte Bevölkerung mehr zu tun, als nur zu fordern.

Auch das Ausland ließ den Deutschen zu viel Spielraum. Selbst die Sowjetunion setzte sich nicht einmal offiziell für die Abschaffung der Wehrpflicht und eine drastische Reduzierung der Armee ein. Obwohl sogar anfänglich die Abschaffung der Wehrpflicht als Bauernopfer für die Wiedervereinigung gehandelt wurde und in den ersten Monaten eine Ausdehnung der NATO-Truppen auf das DDR-Territorium ausgeschlossen schien, konnten sich die westdeutschen Militärs relativ schnell wieder in ihren Sesseln sicher fühlen.

Zunächst wurde der Erhalt der Wehrpflicht gesichert, sodann die Obergrenze der zukünftigen deutschen Armee auf 370.000 Soldaten festgeklopft, schließlich sogar die Ausdehnung der NATO auf das ehemalige DDR-Territorium durchgesetzt und obendrein noch die Souveränität des vereinigten Deutschland erkauft. Gorbatschow kapitulierte angesichts der Milliarden und der eigenen Wirtschaftsprobleme, und die Alliierten zeigten kaum Interesse, Deutschland militärisch wesentlich zu beschränken. Vom Ausland sind also kaum Hilfen zur Durchsetzung von gravierenden Abrüstungsmaßnahmen zu erwarten. Wir müssen uns darum selbst helfen.

Die Mehrheit der Bevölkerung hält die Wehrpflicht für nicht mehr notwendig. Ausgehend von dieser Situation haben die GründerInnen des Vereins "Mit Uns gegen die Wehrpflicht" die geplante Einführung der Wehrpflicht in Berlin zum Anlaß genommen, jetzt die Abschafffung der Wehrpflicht im vereinigten Deutschland herbeizuführen. Der Verein soll ein großer Verein werden, der sich auf die Abschaffung der Wehrpflicht konzentriert. Es wurde bewußt "nur" die Abschaffung der Wehrpflicht als Vereinszweck beschlossen, weil die Realisierung für wahrscheinlicher erachtet wurde als die Abschaffung der Armee insgesamt. Wir gehen davon aus, daß die Wehrpflicht leichter abzuschaffen ist als die ganze Armee, und favorisieren deshalb ein möglichst breites Spektrum gegen die Wehrpflicht, unter bewußtem Verzicht auf einschränkende Radikalpositionen, die nur von wenigen getragen werden können. Allerdings sieht die Mehrheit des Vereins die Abschaffung der Wehrpflicht als ersten gravierenden Schritt zu umfassenden Abrüstungsmaßnahmen an. Die Abschaffung der Wehrpflicht erscheint uns notwendig, damit die Abrüstung quantitativ wie qualitativ eine neue Dimension erhält.

Seitdem 1813 die Wehrpflicht in Preußen eingeführt wurde, hat sie weder demokratische, kriegsverhindernde oder sonstige positive Effekte hervorgebracht. Im Gegenteil, die Einführung der Wehrpflicht hatte 1813 lediglich den Hintergrund, die verlorengegangene Großmachtstellung wieder zurückzuerobern. Aus diesem Grunde wurde eine Massenarmee benötigt, die unbezahlbar gewesen wäre, und deshalb kopierten die preußischen Reformer das französische Rekrutierungssystem. Gelockt wurde die Bevölkerung, indem ihr suggeriert wurde, sie kämpfe für sich selbst und erhalte außerdem als Gegenleistung das Wahlrecht. Die sogenannten Befreiungskriege dienten aber vielmehr nur den Herrschern, die einfache Bevölkerung hatte nur zu kämpfen, gewann aber nichts und erhielt nach dem Sieg über Napoleon auch kein Wahlrecht. Preußen aber stieg zur Großmacht auf, siegte im Deutsch-Österreichischen- und Deutsch-Dänischen-Krieg und überfiel Frankreich - alles mit Wehrpflichtigen. Die Größenwahnsinnigen wollten dann hundert Jahre später ein Weltkrieg mit Wehrpflichtigen gewinnen.

Die Siegermächte stutzten das Millionenheer auf 100.000 Mann und verboten der Weimarer Republik die Wehrpflicht. Die Siegermächte versäumten aber die Freikorps, die regierungsfeindlichen Soldatenverbände und die Naziorganisationen zu bekämpfen. Insgesamt blieben somit mehrere Millionen autoritätshörige Soldaten organisiert. Hinzu kamen noch eine in weiten Teilen republikfeindlich eingestellte Bevökerung und Industrielle, die an einem militarisierten Deutschland interessiert waren. Diese explosive Mischung war die Voraussetzung für den Untergang der Weimarer Republik und nicht die sagenumwobene 100.000 Mann-Armee. Der Staat im Staate bestand nämlich zunächst kaum aus den 100.000 Mann. Insofern ist es unzulässig zu behaupten, die Weimarer Republik sei an der Berufsarmee zugrundegegangen.

1935, also nur 17 Jahre nach der ersten Weltkriegsniederlage führten die inzwischen an die Macht gelangten Nazis die Wehrpflicht wieder ein. Und nur 4 Jahre später begann der Zweite Weltkrieg. Abermals zog die Masse Wehrpflichtiger widerstandslos in den Krieg. Wieder ging er verloren, und erneut wurde die Wehrpflicht abgeschafft. Zu Recht. Doch nur wenige Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation rappelten sich die Militärs von neuem auf, und schon wieder ließ sich das deutsche Volk zwangsverpflichten. Millionen durchliefen die "Schule der Nation", wurden indoktriniert und versäumten, aus der Geschichte zu lernen. Sie ließen sich willfährig in den Kalten Krieg treiben und verfestigten somit die Blockbildung. Nun aber, nach friedlicher (!) Überwindung des Kalten Krieges soll noch immer nicht die Wehrpflicht abgeschafft werden?

Ja, im Gegenteil, anstatt die Armee drastisch zu reduzieren und die Wehrpflicht abzuschaffen, soll sie sogar auf Westberlin ausgedehnt werden. Ausgerechnet in der Stadt, von der aus alle Angriffskriege mit den gehorchenden Massen der Wehrpflichtigen ausgingen, sollen nun wieder deutsche Soldaten dienen. Die Lehre für Berlin und Deutschland aus der Geschichte müßte lauten - ewiger Verzicht auf die Wehrpflicht.

Doch die Vergangenheitsbewältigung soll nach 45 Jahren endgültig beendet werden. "Wehrpflicht in Berlin" heißt: einen Schlußstrich unter die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu ziehen. Berlin muß demgegenüber ewig ein Mahnmal gegen die Wehrpflicht werden. Berlin sollte Friedensstadt sein, von der aus Abrüstungsimpulse ausgehen und keine hauptstädtischen Großmachtgelüste.

Dennoch gröhlen die Großmachtphantasten in der politischen Landschaft umher. Schon Wochen vor der Vereinigung fuhren in Berlin Fahrzeuge der Bundeswehr, verletzten internationales Recht, und das Verteidiungsministerium läßt lügen, daß selbst der dickste Balken brechen muß.

Zitat Pressestelle der Bundeswehr: "Die (Fahrzeuge der Bundeswehr - Anm. d. Verf.) können sich nur verfahren haben." Doch das nur am Rande. Viel entscheidender sind die Bonner Stimmen, die bereits Grundgesetzänderungen fordern, um auch außerhalb des NATO-Gebietes deutsche Truppen im Rahmen einer Weltpolizei einsetzen zu können.

Wehrpflicht bedeutet schon heute, mehr als nur 365 Tage runterzureißen. Die ersten deutschen Marineeinheiten mit 111 Wehrpflichtigen operieren im Mittelmeer, um die NATO-Armeen zu entlasten, und sind damit indirekt am Säbelrasseln im Golf beteiligt. Jeder, der die Wehrpflicht erfüllt, muß dann damit rechnen, plötzlich am Golf oder in sonstigen Spannungsgebieten eingesetzt zu werden.

Nach der Bundestagswahl ist dann zu erwarten, daß die Regierungskreise versuchen werden, als Großmacht die Rolle des kleinen Weltpolizisten zu übernehmen. Das wiedervereinigte Deutschland darf deshalb keine starke Armee bekommen. 370.000 Mann sind zu viel. Drastische Truppenreduzierungen sind daher durchzukämpfen, wobei verhindert werden muß, daß die Armee umfangreiche Reserven bilden kann, indem sie mittels großer Mengen kurzdienender Zeitsoldaten Massen ausbildet und somit über ein großes Reservistenheer verfügt.

Ferner ist dafür zu sorgen, die Modernisierung und Umstrukturierung zu stoppen. Und schließlich ist die Abschaffung der Wehrpflicht zu erkämpfen. Auch hierbei gilt: Jede Verkürzung der Wehrdienstzeit erhöht den Durchlauf und damit das Reservearmeepotential.

Von Anfang an war beabsichtigt, keinen Männerverein zu gründen. Frauen sollten mitwirken, da auch sie betroffen sind. Frauen zwischen 18 und 55 Jahren sind durch Art. 12a Abs. 4 des Grundgesetzes gezwungen, ihre "Wehrpflicht" zu erfüllen:"Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten."

In Unions- und FDP-Kreisen wird über diesen Eventualfall hinaus diskutiert, das soziale Pflichtjahr für Frauen, nach der Bundestagswahl, einzuführen. Ähnlich dem Ausbeutungsverhältnis im Zivildienst können dann Frauen kostengünstig zur Dämpfung der sozialen Krise eingesetzt werden. Die unterbezahlten Sozialberufe werden dann von noch billigeren, aber unausgebildeten Zwangsarbeitskräften ausgeübt und spitzen die ohnehin prekäre Arbeitsmarktsituation im Sozialbereich weiter zu. Wohlgemerkt, es geht hierbei nicht um die grundsätzliche Ablehnung des Einsatzes für die Gesellschaft, sondern um die Bedingungen für diesen Einsatz. All diese Zwangsdienste wären ohne die hohen Militärausgaben überflüssig.

Zur Lage in Berlin

Laut Verteidigungsminnisterium bestehen nach dem 3. Oktober im Grunde 3 Wehrpflichtgebiete. Das erste ist das alte Bundesgebiet, das zweite die ehemalige DDR und das dritte Westberlin. Im Bundesgebiet bleibt alles beim alten, in der Ex-DDR wird das Erfassungssystem der NVA übernommen, und in Westberlin wird die Erfassung und Einberufung noch "etwas dauern", offiziell bis 1992.

Wer einem Verteidigungsminister glaubt, ist selber Schuld. Zur Erfassung und Einberufung bedarf es nämlich lediglich eines Kreiswehrersatzamtes und ein paar Beamter sowie diverser Computeranlagen. Dies ist alles unproblematisch und daher vor 1992 machbar. Außerdem sind bereits ab 3. Okt. für die westdeutschen Wehrdienstflüchtlinge "ihre" ehemaligen Kreiswehrersatzämter wieder zuständig.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß di große Erfassungs- und Einberufungswe le erst nach der Bundestagswahl erfolge wird.

Die vom Berliner Senat vorgeschlagen Sonderregelung, alle am Vereinigungsta 16- bis 32-jährigen von der Wehrpflich als Berliner "weiße Jahrgänge", zu befrei en, findet in Bonn keine Sympathien. Ein Extrawurst soll es nicht geben, wenn gleich sich bei einigen Unionspolitiker die Erkenntnis durchgesetzt hat, da 200.000 betroffene Berliner ein große Protestpotential darstellen, das besse nicht provoziert werden sollte. Aber e gibt auch die Kreise um Stoltenberg, di es den westdeutschen "Drückebergern gerne zeigen möchten. Welche Strömun sich durchsetzen wird, ist noch ungewiß

Wir können deshalb allen nur rate sich schnellstens zu organisieren und sic "Mit Uns gegen die Wehrpflicht" zu enga gieren, denn je breiter und deutlicher uns Widerstand gegen die Wehrpflicht wir desto größer sind die Chancen, Verände rungen zu erreichen.

Weg mit der Wehrpflicht!



!!!!! Diskussionsvorschlag !!!!!

TOTAL-VERWEIGERUNG

Im Kampf gegen staatliche Gewalt, speziell gegen Militarismus und staatlichen Zwang in Form von Kriegsdiensten, gibt es nur eine konsequente Lösung: **Die totale Verweigerung von Kriegsdiensten** (also auch dem Kriegsdienst ohne Waffe [auch 'Zivil'dienst genannt] oder einem 'sozialen' Pflichtjahr). Totalverweigerung bleibt die einzige Möglichkeit, unseren Vorstellungen gerecht zu bleiben und den notwendigen Konflikt zu führen, ohne den diese nicht durchzusetzen sind.

Die Erfahrung zeigt, daβ einzelne Totalverweigerer mit Leichtigkeit auf gerichtlicher Ebene vom Staat mundtot gemacht werden können. Nur über eine groβangelegte **Totalverweigerungskampagne** kann diese Kriminalisierung einzelner durchbrochen werden und die Totalverweigerung zu dem werden, was sie sein sollte: **eine eindeutige politische Stellungnahme.**

Daβ eine solche Aktion Erfolg haben kann, zeigt das 'spanische Modell' der dortigen politischen Kriegsdienstverweigerungs-Bewegung MOC, die seit 1979 groβe Gruppen von Totalverweigerern organisiert. Bis heute sind diese nicht bestraft oder eingezogen worden. Die Bewegung hat eine groβe Öffentlichkeit und indirekten Einfluβ auf das spanische Parlament.

In der jetzigen Situation, die durch die beginnende **Militarisierung** Berlins (Einberufung von einigen zig-tausend Wehrdienstflüchtigen und Ausdehnung der Wehrpflicht auf Berlin), durch die geplante Erweiterung des Bundeswehr-Aktionsraumes und die verschärfte Legitimationskrise von Bundeswehr und Militärblöcken (nicht zuletzt durch das Ende des 'Kalten Krieges') geprägt ist, sehen wir sowohl erhöhten Handlungsbedarf, aber auch beste Voraussetzungen dafür, eine Totalverweigerungskampagne ins Leben zu rufen, die die Wehrpflicht praktisch abschafft.

Wir fordern alle, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen oder unterstützen, auf, mit uns eine gleichlautende Totalverweigerung zu erklären. Diese sollen solange bei einem Rechtsanwalt hinterlegt werden, bis eine Mindestzahl von 1000 (?) erreicht ist. Um die Kriminalisierung, die die Totalverweigerung mit sich bringt, weiter zu streuen als auf den Kreis der Totalverweigerer selbst, sollten sich für jeden Totalverweigerer mehrere 'SelbstbezichtigerInnen' finden, die mit ihrer Unterschrift erklären, daβ sie diesen dazu angestiftet haben, Kriegsdienste total zu verweigern, da auch dies eine 'strafbare' Handlung ist. Nur so kann es gelingen, in unsere Verweigerung alle die Menschen verbindlich einzubeziehen, die uns politisch nahestehen und unterstützen, selbst aber nicht Totalverweigern wollen/können. 40.000 Wehrflüchtige in Berlin sind die Chance eine breite Totalverweigerungsbewegung ins Laufen zu bringen.

Diese auch in Spanien angewandte Methode hat sich dort als höchst wirksam erwiesen, um Repressionen in Gestalt von Gerichtsverfahren und -urteilen zu verhindern. Merke: Viele Totalverweigerungen machen eine Repression über Gerichte unmöglich, weil diese damit überlastet sind aber: ohne Repression keine Wehrpflicht.

Steht erst einmal eine so verstärkte Gruppe, so kann über Medien und andere Aktionsformen sie nötige Öffentlichkeit erreicht werden. Die Veröffentlichung von Namen ist selbst zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig.

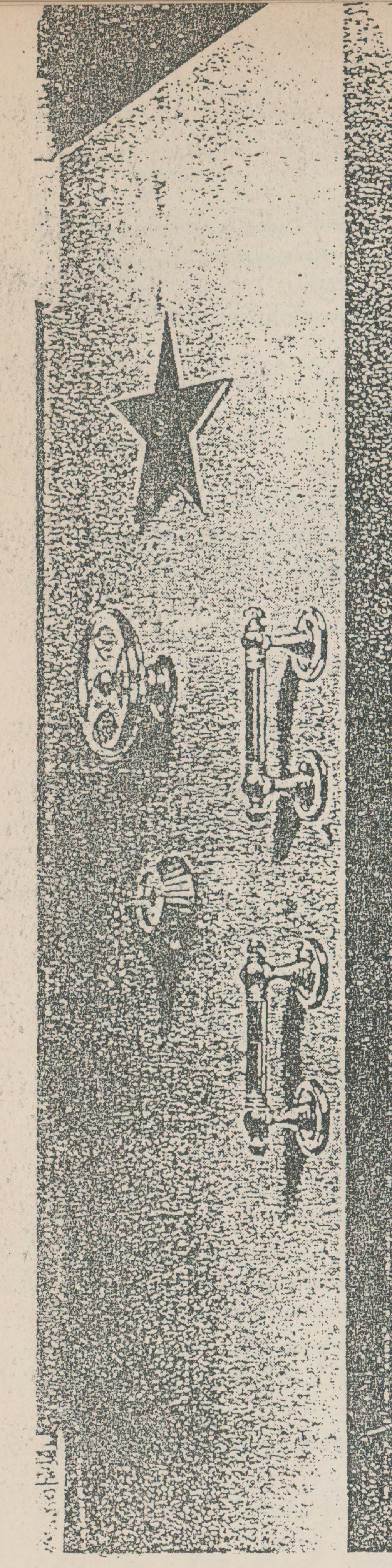
Später ist ein gemeinsames Handeln gegen Einberufungen und evtl. Strafverfahren notwendig. Von Anfang an muβ deutlich sein, daβ wir geschlossen gegen den Staat auftreten werden und uns nicht spalten lassen. Wir schlagen weiterhin vor, daβ sich 'Bezugsgruppen' bilden, die sich untereinander intensiv unterstützen und helfen.

Totale Kriegsdienstverweigerung und Anstiftung dazu gelten in der BRD auch weiterhin als Straftaten. Dies muβ jedem und besonders denen, die mitmachen, bewuβt sein, auch wenn wir meinen, die Mittel in der Hand zu haben, eine Kriminalisierung verhindern zu können.

Um dies zu erreichen, fordern wir Euch auf vorbeizukommen oder zu schreiben, Euch bei uns zu informieren und letztlich mitzustreiten.

Organisiert Euch !!!

(Antimilitarismus-Plemum FU, c/o AStA-FU, Kiebitzweg 23, 1/33 / Tel.: 831 40 08 od. 838 22 24)



INFO LADEN

Rigaer Str. 84

- aktuelle Termine, Flugis & Plakate -

- Zeitschriften, Broschüren & ausgewählte Bücher -

- Räume für Gruppen & Treffen. Einfach mal nachfragen! -

- Leseecke -

- Dokumentation von Presse & Flugis -

- Veranstaltungen mit Videos etc. Z. B. im Dezember: Videoreihe zu sozialen Bewegungen & Widerstand in der BRD. -

- Bringt Eure Flugis, Termine & Infos vorbei! -

14⁰⁰ - 19⁰⁰ Uhr

UNSRE:

Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine T

mi 5. 16^{00} Vorbereitungstreffen runderTisch Scharnw29
19^{00} Rundertisch Friedrichshain Boxhagenerstr 98
20^{00} Mitte Plenum Almstadtstr 24
18^{00} Vorbereitungstreffen-bundesweite Demo, Haus der Demokratie
18^{00} 1.Treff Inigruppe de BVV mit zwei Leuten von uns(?) Boxhagenerstr 18/98
15^{00}-20^{00} Infoladen Lunte geöffnet, Weisestr 54
17^{00}-20^{00} Frauentag im Ⓐ-Laden, Rathenowerstr 22
do 6. s.x-b-liebig
fr 7. Sicherheittreffen wie immer
FETE Scharnweberstr 38
19^{30} Tuareg-Veranstaltung Cuvrystr 23
sa 8. 20^{00} Film, Info, Austausch zur Räumung der Mainzer mit besetzern der achziger, Jagowerstr 12 ,Moabit
Mainzer-Soli-Disko im SO 36
15^{00} Frauen-und Lesbencafe im Info-Cafe Lichtschranke Nostizstr49
so 9. Blockfrühstück Kinzig 9 12^{00}
Neues Dezemberprogramm im Cafe subversiv Brunnen 7
"Doktorseltsames Frühschoppen"
15^{00} Infoveranstaltung Intifada im So36 O 190
16^{00} BZ-Reaktionstreffen Kreuziger 18
20^{00} FFFF-Rat Scharnweber 29
mo 10. 20^{00} BBBB-Rat Kreutziger 18
di 11. Im Cafe Subversiv spielen "Die roten Nelken" EVP dreiMainzermark
do 13. 20^{00} Frauen/Lesben VV Rigaer84

-------- - - - - - - - - ------- - - - - - - -------- - - -----

X'B'LIEBIG--Liebigstr 34, Friedrichshain
20^{00} do 6. Videozusammenschnitt überdie Räumung der Mainzer aus TV
18^{00} fr 7. Volksküche uuuuuund Kneipe
10^{00} sa 8. Früüüüühhstück/abends Kneipe
10^{00} so 9. Früüüühhstück///CAAAffaeee////KKKneipppe

------ - - - - ------- - - - - - -------+ + + ++++++ + + + +++++++++

IN DER SCHARNWEBER (achtunddreißig) GIBTS EIN NACHBARSCHAFTSCAFEEEEEEEEEEEEEE
-demnächst täglichtäglich täglich von 14^{00}-20^{00}
-zumindestens aber von mittwoch bis Samstag 14^{00}-20^{00}

++++++++++ + + + + + ++++++ ++++++++ ++++ + + + +++ ++ ++ ++ ++ + +

WER HAT UNS VERRATEN ? SOZIALDEMOKRATEN/AL

WER VERRÄT UNS NIE? DIE ANARCHIE !!!!!!!!

-40-

WANTED !

Suchmeldung/Warnung

Am 13.11.90 (In der Nacht vor der Räumung) wurde ein Radfahrer beim Einbiegen in die Mainzer Str. von einem Auto absichtlich?!!!!! angefahren. Schwere Verletzungen w waren dieFolge. Autokennzeichen und Marke sind den Bullen bekannt. KLE 1 LK - 8 grüner VW Passat
Die Zeugen mögen sich doch mal bitte beim EA melden.
VENCEREMOS

Videokino ANSCHLAG (Großbild)

Sonntag, 9.12. 2100h
ERST ESSEN DANN MIETE
40min, Amsterdam 1987

in holland fanden in den jahren 1927-33 einige große mietstreiks statt.hier erzählen komunistinnen,die heute noch in ihren stadtvierteln wohnen von den kämpfen in den 30er jahren.

mit vorfilm über die ereignisse und reaktionen der mainzerstr., zusammengestellt aus nachrichtensendungen.

Freitag, 7.12. 2100h
die ersten RÄUMUNGSFILME von AK-KRAAK

statments:

"....zeigt unsann film illegal; geht in den untergrund und verbreitet den räumungsfilm!schafft1,2,3,viele illegale filme!werdet wild und tut schöne sachen!
guckt euch gute filme an
DO IT NOW! AK-KRAAK
"....legal,illegal,scheißegal"VK-ANSCHLAG

und

NEUN TAGE HINTER BARRIKADEN
kopenhagen87
portrait des lebens hinter den barrikaden

Montag, 10.12/Mittwoch 12.12. 2100h
AK-KRAAK DIE NEUSTE

über die Räumung in der Mainzerstr und Reaktionen darauf.

KLARTEXT:Dff vom 13.11.

der film zeigt sehr hintergründig noch einmal die ereignisse von den tagen vor der räumung.
es steht als dokument für das planerische und provokative vorgehen von bullen und senat! schon in den ersten sequenzen, aufgenommen bei der räumung der pfarrstr,wird durch den hinweis"auf eine starke pressepräsenz" , durch statements unbeteiligter und durch die äußerung einiger bullen:" später die mainzerstr abzuräumen" ganz deutlich was noch folgen wird alles andere ist verursachte eskalation und wahlkampf.

: KREUTZIGER STR. 18 (im Hof) 1o35 FRIEDRICHSHAIN/BERLIN